

# KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für  
Rostock und den Landkreis Rostock

# DIE LINKE.

Nr. 239 - 25. Jahrgang

Mai 2018

Spendenbeitrag 80 Cent

## FÜR EINE FRIEDLICHE WELT!

**Viele Menschen machen sich Sorgen um den Frieden in der Welt. Es verstärkt sich der Eindruck, dass wir in einer Art Vorkriegszeit leben – ein Konflikt oder sogar großer Krieg zwischen den Atommächten liegt zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges im Bereich des Denkbaren.**

Die USA, Frankreich und Großbritannien feuerten Raketen auf Ziele in Syrien ab – ein Bruch des Völkerrechts, wie mittlerweile sogar ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages bestätigt hat. Die Bundesverteidigungsministerin hätte trotzdem gerne mitgemacht. Der Bundesaußenminister schien auch nicht abgeneigt zu sein. Willy Brandt würde sich im Grabe umdrehen.

DIE LINKE ist die einzige Kraft im deutschen Parlament, die unmissverständlich und glaubwürdig diese militärischen Abenteuer ablehnt. Anstatt wie in Libyen

und Irak staatliche Strukturen weg zu bomben und Islamisten den Weg zu bereiten, sollte man die Einmischung des Westens in Syrien sofort beenden und damit das Ende des Bürgerkrieges (der eigentlich längst ein internationaler Kon-

Als Rostocker LINKE haben wir in einer Pressemitteilung die Raketenschläge und die Haltung der Kanzlerin verurteilt sowie den Rostocker CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Stein aufgefordert, sich in Berlin für eine Vermittlerrolle Deutschlands einzusetzen. Wir haben auch an das Friedensgebot der Verfassung von M-V erinnert: Sie bestimmt, dass alles staatliche Handeln dem inneren und äußeren Frieden dienen soll. Handlungen, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören, sind verfassungswidrig. Für die Verwirklichung dieses Grundsatzes sollten sich Politiker aller Parteien einsetzen.

Wir haben 20.000 Postkarten verteilt, mit denen die Bürger Rostocks die Kanzlerin zu einer friedlichen Außenpolitik und zu Gesprächen mit Russland auffordern können.



Ihr findet im Innenteil weitere Berichte zu diesem Thema.

Lhr findet im Innenteil weitere Berichte zu diesem Thema.

*Carsten Penzlin*



Am Rostocker Ostermarsch nahmen 2018 über 100 Menschen teil. Mehr dazu auf Seite 4



In Güstrow tagte eine Landesmitgliederkonferenz. Mehr dazu auf den Seiten 6-7



In Wismar fand eine Regionalkonferenz zur Zukunft des ÖPNV statt. Mehr dazu auf Seite 14

## In dieser Ausgabe

Seite 2: Andrea Nahles  
Seite 3: Syrien  
Seite 4/5: Ostermarsch  
Seite 5: Thälmann-Ehrung  
Seite 6/7: Basistreffen  
Seite 8: Bundesausschuss  
Seite 8/9: Sozialstaatsgebot

Seite 10/11: Kurt Kaiser  
Seite 11: Kleine Künstler  
Seite 12: AfD-Ausstellung  
Seite 13: Rotfeder/Geschichte  
Seite 14: Kostenloser ÖPNV?  
Seite 15: Hiroshimagedenken  
Seite 16: Aus dem Rathaus

# Eröffnung des Wahlkreisbüros von Dietmar Bartsch

»Fünkchen Hoffnung  
auf Resozialdemokratisierung«

Nachricht von Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht, 23. April 2018

Großer Andrang am 11. April bei der Eröffnung des Wahlkreisbüros von Dietmar Bartsch in Rostock. Der Fraktionsvorsitzende konnte zusammen mit vielen lieben Gästen endlich sein Büro in der Kröpeliner Straße 24 eröffnen. Ein Dankeschön an Oberbürgermeister Roland Methling für seine freundliche Begrüßung!

Dietmars Wahlkreismitarbeiter Sven Thormann (dietmar.bartsch.wk02@bundestag.de, Telefon: 0381/4920022) freut sich auf alle Bürgeranfragen aus Rostock und Umgebung. Und Dietmar selbst versucht, auch weiterhin so oft wie möglich persönlich vor Ort ansprechbar zu sein.



Andrea Nahles ist die erste Frau an der Parteispitze in der mehr als 150-jährigen Geschichte der SPD. Ein Sonderparteitag wählte sie in Wiesbaden. Die Delegierten verpassten Nahles mit einem Ergebnis von 66,3 Prozent aber einen deutlichen Dämpfer. Ihre Gegenkandidatin, Flensburgs Oberbürgermeisterin Simone Lange, schnitt mit 27,6 Prozent stärker ab als erwartet.

„Die Widerstände gegen Nahles in der SPD zeigen, dass es viele in der SPD gibt, die sich mit der Politik des Weiter-so nicht abfinden wollen. Nahles ist und bleibt sogar in der eigenen Partei unpopulär. Offenbar verbinden selbst viele SPD-Delegierte mit Nahles keinen Neuanfang und keine dringend notwendige soziale Wende“, kommentiert Sahra Wagenknecht die Wahl.

Nahles wird das Steuer „nicht herumreißen können, solange sich die SPD an Merkel und Seehofer kettet“, betont Dietmar Bartsch. Allerdings verbänden mit ihrem Ursprung aus der sozialdemokratischen Parteilinken und ihrem Bekenntnis zu Mitte-Links „nicht wenige innerhalb und außerhalb der SPD ein kleines Fünkchen Hoffnung auf die Resozialdemokratisierung der SPD“, sagte Bartsch der Nachrichtenagentur dpa.

Bartsch warnt: „Die Unionsschwestern werden mittelbar nicht nur verbal, sondern sehr konkret politisch einen Ausbruch aus der Mitte nach rechts unternehmen. Schon jetzt treibt eine panische CSU, die im Oktober einen massiven Einbruch in Bayern befürchten muss, das letzte Merkel-Kabinett scharf gen Steuerbord.“ Um so mehr sei es unabdingbar, „dass wir das bundespolitische Mitte-Links-Lager als Option für den Tag X nicht aufgeben. Darin besteht die Verantwortung der neuen SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles“, so Bartsch.

## KLARTEXT online

### Nicht vor Trumps Karren spannen lassen

Laut Presseberichten bietet die EU-Kommission der US-Regierung an, als Gegenleistung für eine Verschonung der EU bei den Strafzöllen auf Stahl und Aluminium ein Handelsabkommen zwischen der EU und den USA abzuschließen. Dazu erklärt der Europaabgeordnete Helmut Scholz (DIE LINKE):

„Die Europäische Kommission ließe sich mit einem solchen Deal quasi mit vorgehaltenem Colt dazu zwingen, zu Trumps Bedingungen zu verhandeln. Alle wissen doch, dass TTIP in den Gesellschaften Ablehnung hervorrief. Und jetzt soll Trump mit seiner Erpressung auch noch ein Abkommen zu besseren Konditionen für die USA erhalten? Ich werde Kommissarin Malmström im Handelsausschuss intensiv dazu befragen.“

Für Scholz hat diese Entwicklung ihre Vorgeschichte im letzten EU-Gipfel: „Im Beschluss des Rates liegt eine gewisse Schizophrenie, Trumps Strafzölle auf Stahl und Aluminium werden kritisiert und eine Reaktion in Übereinstimmung mit den WTO-Regeln wird sich vorbehalten. Gleichzeitig wird gefordert, der Ausnahme für die EU dauerhaften Charakter zu verleihen und der Europäische Rat erklärt den Willen zu uneingeschränkter Zusammen-

arbeit mit den Vereinigten Staaten.“ „Wie kann der Rat der Regierungen die Verstärkung einer Ausnahme von rechtswidrigen Strafzöllen fordern? Heißt das in der Konsequenz, solange die EU ausgenommen bleibt, darf Trump China und den Rest der Welt mit Strafzöllen belegen? Ein Grundprinzip der Rechtstaatlichkeit besteht in der Gleichheit aller vor dem Recht. Wir müssen bereit sein, gemeinsam mit China und allen weiterhin betroffenen Ökonomien vor der WTO gegen die rechtswidrigen Strafzölle der USA zu klagen“, fordert Scholz. „Es ist völlig unangebracht, Trump voraus-eilend Nibelungentreue zu schwören, wenn der Mann in einem Wahljahr zum Handelskreezzug gegen China aufruft. Das liegt nicht im europäischen Interesse. Gerade in Zeiten unberechenbarer und sich selbst autorisierender Handlungen von politischen Akteuren wie Trump, Erdogan, Netanjahu oder Orbán brauchen wir die so notwendige Verrechtlichung internationaler politischer wie wirtschaftlicher Beziehungen und Zusammenarbeit. Der Auftrag für die Kommission muss klar sein: Jetzt muss die EU gegenüber China und anderen Partnerstaaten nachweisen, dass Gleichheit vor dem Recht für uns, für unsere Bevölkerung und für unsere Unternehmen ein hohes Gut ist“, so Helmut Scholz abschließend.



# Bomben schaffen keinen Frieden

## Aus aktuellem Anlass...

Soweit ich mich erinnere, haben die USA in Syrien mit den Bombardements begonnen. Seitdem die USA einen neuen Präsidenten bekommen hat, wird täglich mit dem Feuer eines Krieges gespielt. „Gespielt“ – nein nicht gespielt, sondern vielmehr die Gefahr eines neuen Krieges herauf beschworen. Einer der ersten Vorwürfe, die der neue Präsident an die westliche Welt richtete, war, dass diese zu wenig Geld für die Rüstung ausbebe und er das ändern wolle. Immer habe ich es als gut befunden, dass in unserer Demokratie jemand so lange unschuldig ist, bis das Vergehen bewiesen ist. Dies trifft für alle Bürger zu. Wir erleben gegenwärtig von höchsten Ebenen der Regierungen, dass das für sie nicht gilt. Der englische Außenminister spricht trotz der noch nicht geklärten Sachlage ständig von der Schuld des Assad-Regimes an einem angeblichen Anschlag der Assad-Regierung mit Giftgas, und hinsichtlich des Geschehens in England mit dem Doppelagenten und seiner Tochter von der Schuld Russlands. Jetzt droht der 1. Mann in den USA: „...Mach dich bereit, Russland – denn sie werden kommen (die Raketen), schön, neu und ‚smart‘. Ihr solltet nicht Verbündete eines Tiers sein, das sein Volk mit Gas tötet und auch noch Spaß daran hat“ (OZ 12.4.2018, S. 3). Das hört sich so an, als ob man einen Spaziergang macht und dabei schnell ein paar Raketen links und rechts abschießt.

Langsam macht der Milliardär-Präsident mir mit seiner „Laxheit“ Angst. Seine Rede zur Amtseinführung habe ich mir nachts in der Live-Sendung mit der Live-Übersetzung angehört. Unter anderem sagte er: „Wir stehen am Beginn eines neuen Jahrtausends und werden für alle handeln“, und weiter: „... wir werden nie wieder ignoriert werden und die USA wieder sicher und groß machen...“. „Ab diesem Tag (der seiner Amtseinführung) wird Amerika wieder an erster Stelle stehen.“ Tief erschüttert war ich ob dieser Aussagen im 21. Jahrhundert von einem Präsidenten eines Landes, das als Vorbildland der Demokratie der westlichen Hemisphäre gilt. Meine Frau und ich sind Kriegskinder des bisher grausamsten Krieges, den es mit – wie ich gelernt habe – 56 Millionen Toten bisher gab. In meinen nunmehr über 70 Jahren konnte ich den Treck und den Kutscher, der beim Anflug der Tiefflieger brüllte: „Runter vom Bock! Nase in ‘n Dreck“, sowie den vom Rauch dunklen Himmel mit seinen Schüssen und Einschlägen der Bomben von den Flugzeugen nicht vergessen. Deswegen bin ich jetzt und gerade jetzt für den Weltfrieden bei diesen Anzeichen eines Weltkrieges. Aber auch immer,

wenn ich von Kriegsgeschehnissen höre und sehe, voller Sorge und auch Wut, dass so getan wird als ob Krieg, egal ob auf ein Land beschränkt oder wie es sich abzeichnet weltweit, ein Spielzeug der Herrschenden ist. Nein, das ist es nicht!!! Kriege töten Menschen, sie machen keinen Halt vor Babys, Kindern, Eltern, Groß-, Ur-, Ururgroßeltern. Kurz gesagt zerstören sie Leben, auch Lebewesen und das von diesen Geschaffene. Auch die tiefen Bunker, in die sich die Herrschenden für eine Weile begeben können, werden bei einem mit den jetzigen Waffensystemen geführten Krieg nicht helfen...

Wie hieß es 1945 nach dem 2. Weltkrieg? „Nie wieder Krieg!“ Dies sollten die Herrscher der Länder anstreben. Jeder Herrscher der Welt sollte verpflichtet und daran gemessen werden, wie er dem Frieden dient. Dies müssen die Wähler bei den Wahlen in ihren Ländern auch beachten. Wir haben nur diese eine schöne Welt und sollten sie bewahren!

Zurück zum Anfang: Ab heute 14. 04.2018 bombardieren die USA, Frankreich und England das kleine Land Syrien aus hausgemachtem Grund und vorbereitet durch die Geheimdienste... Respekt gegenüber Angela Merkel für ihre Entscheidung des Nicht-Mitmachens!

*Wolfgang Schmidt (Rostock-Schmarl)*

## **Bundesregierung muss auf Einhaltung des Völkerrechts drängen - dazu ist sie verpflichtet!**

Von den völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Syrien hat die Bundesregierung im Vorfeld erfahren. Nicht anders ist es zu verstehen, wenn noch Tage vor den Raketenangriffen auf ausgewählte Ziele auf syrischem Territorium, Kanzlerin Merkel erklärte, dass Deutschland sich nicht an einem Kriegseinsatz beteiligt, ihn aber unterstützen würde.

Seither rechtfertigen gleich mehrere Regierungsmitglieder, ob aus CDU oder SPD, den vollzogenen Kriegsschlag als notwendig und angemessen. Wie absurd ihre Argumentation dabei ist, zeigt sich daran, dass Experten, die einen Einsatz von Chemiewaffen überhaupt erst untersuchen können, noch nicht einmal zum Ort des Geschehens, der Stadt Duma, gelangt sind.

Der frisch gebackene Außenminister, Herr Maas, ist sich nicht zu schade, zunächst eilig den Waffeneinsatz zu begrüßen, um anschließend zu verlangen, dass nun aber auf der Ebene der Diplomatie der Konflikt gelöst werden müsse.

DIE LINKE ächtet jedweden Einsatz von Chemiewaffen, wie sie gegen jede Form

kriegerischen Handelns eintritt. Zur Lösung von Konflikten sind Waffen von je her ungeeignet. Alleinige Diplomatie ist gefragt. Wir LINKEN verlangen mit Entschiedenheit von der Bundesregierung, dass sie auf die Einhaltung des Völkerrechts drängt! Sie selbst ist dieser per Eid verpflichtet! Gleichermaßen verlangen wir die sofortige Abkehr von dem Ziel, die Ausgaben für Rüstung in den kommenden Jahren schrittweise auf zwei Prozent des Brutto-sozialprodukts zu erhöhen. Rüstungsgüter, dass beweist der Krieg in Syrien, drängen zu ihrem Gebrauch und verwandeln sich zu Blut.

DIE LINKE streitet zusammen mit allen, die sich für den Frieden einsetzen, für ein Verbot von Waffenexporten. Wir kämpfen für Abrüstung statt Aufrüstung. Wir drängen auf eine Entspannungspolitik unter Einbeziehung Russlands.

*Wenke Brüdgam und Torsten Koplín*

## **PRESSEMITTEILUNG: Rostocker LINKE verurteilt Militärschlag gegen Syrien**

Die Rostocker LINKE verurteilt die Raketenangriffe auf Syrien auf das Schärfste und kritisiert die Zustimmung der Bundesregierung zu diesem völkerrechtswidrigen Akt. Die Kreisvorsitzenden Eva-Maria Kröger und Carsten Penzlin fordern den Rostocker CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Stein auf, sich in Berlin für eine Vermittlerrolle Deutschlands einzusetzen, um weitere Militärschläge und eine Eskalation des Konfliktes zwischen NATO und Russland abzuwenden.

„In Syrien droht eine direkte militärische Konfrontation zwischen Atommächten. Die Bundesregierung muss in dieser bedrohlichen Situation ihren ganzen Einfluss in der NATO geltend machen und auf ein Ende der militärischen Abenteuer drängen“, erklären Kröger und Penzlin. „Es darf keine Solidarität mit einer Politik geben, die ihre Ziele mit Bomben und Raketen durchzusetzen versucht. Wir brauchen stattdessen diplomatische Lösungen, am besten im Rahmen der Vereinten Nationen. Das ist eine schwierige Aufgabe, die im Bundestag partiübergreifend angepackt werden sollte, auch durch die Rostocker Abgeordneten.“ Abschließend erklären die Vorsitzenden der Rostocker LINKEN: „Die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern bestimmt, dass alles staatliche Handeln dem inneren und äußeren Frieden dienen soll. Handlungen, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören, sind verfassungswidrig. Für die Verwirklichung dieses Grundsatzes sollten sich Politiker aller Parteien einsetzen.“

# Ostermarsch 2018

## Für eine friedliche Welt – „Abrüsten statt Aufrüsten“

Über 130 Personen haben in Rostock am traditionellen Ostermarsch für Frieden und Abrüstung teilgenommen, darunter auch 10 Mitglieder der LINKEN aus Lütten Klein. Aufgerufen hatten das Rostocker Friedensbündnis, die Partei DIE LINKE sowie weitere Organisationen und Verbände. Einige Teilnehmer trugen Friedensfahnen oder selbst gestaltete Transparente. Besonders liebevoll hatten Kinder einer Familie Friedenssymbole gegen Panzer gezeichnet. Für mich hatte das hohe Aussagekraft!

Unser Ostermarsch suchte vier Stationen auf. Er begann am Denkmal der revolutionären Matrosen am Kabutzenhof. Hier erinnerte Kapitän a.D. Georg Grosch an den Matrosenaufstand 1917 in Kiel, deren Opfer u.a. Albin Köbis und Max Reichpietsch waren. Sie hatten ihr Leben für die Beendigung des Krieges und den Aufbau einer Räterepublik eingesetzt. An der Neptunwerft sprach Eva-Maria Kröger (LINKE). Die Werftarbeiter hatten damals zum Streik aufgerufen, um die aufständischen Matrosen in Kiel zu unterstützen. Sie verband ihre Gedanken mit der Gegenwart und wies auf den Bau von Kriegsschiffen in der Wolgaster Werft hin, die unsere Landesregierung leider unterstützt. Dabei gäbe es durchaus Alternativen für zivile Zwecke, die die Arbeitsplätze der Werftarbeiter erhalten würden. Das muss aber politisch gewollt sein!

Die dritte Kundgebung fand vor dem Volkstheater statt, 1917 noch die „Rostocker Philharmonie“. An dieser Stelle hatten sich die streikenden Arbeiter der Neptunwerft versammelt, um festzulegen, wie sie die Schiffe blockieren könnten, die nach Kiel auslaufen sollten. Damit zeigten sie ihre große Solidarität mit den jungen Arbeiter- und Soldatenräten. Unser Friedensmarsch fand seinen Abschluss auf dem Doberaner Platz. Ein junger Migrant verwies leidenschaftlich darauf, dass Imperialismus und Aggression immer eine Einheit bilden. Er forderte den Widerstand aller Arbeitenden in der ganzen Welt, um den Imperialismus zu besiegen.

Persönlich fand ich schade, dass nur wenige Jugendliche am Ostermarsch teilnahmen. Es geht doch in erster Linie um ihre Zukunft, darum, wie die Welt von Morgen aussehen soll.

Angesichts der Kriege im Nahen Osten und der aufgeheizten Atmosphäre gegen Russland müssen wir alle viel aktiver werden und uns für eine neue Politik der Entspannung einsetzen. Können wir es uns wirklich leisten, 30 Mrd. € mehr für die Rüstung auszugeben? Haben wir in Deutschland nicht ganz andere soziale Probleme im In-

teresse der Bevölkerung zu lösen?

*Merve Hähnel (Aus dem Lütten Kleiner Blättchen)*

## Redebeitrag von Eva Maria Kröger

Ich begrüße Euch herzlich zum diesjährigen Ostermarsch. Mein Name ist Eva-Maria Kröger, ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE und sitze im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns.

Deshalb möchte ich heute über die Patrouillenboote sprechen, die auf der Peene-Werft in Wolgast gebaut werden. Diese Boote werden nach Saudi-Arabien geliefert. Wie ihr wisst, ist die Diktatur am Krieg gegen den Jemen beteiligt und



hält eine Luft- und Seeblockade gegen das Land aufrecht, die den Menschen im Jemen großes Elend beschert. Die Vereinten Nationen sprechen bereits von einer der weltweit größten Hungerkatastrophen, bei der Millionen Menschen sterben könnten. Doch statt Exporte ins Königreich zu verbieten, hat die Bundesregierung schon

drei Rüstungsgeschäfte mit Saudi-Arabien abgeschlossen. Und auch der Export der Boote aus M-V wird von unserer Landesregierung und vom Bund gerechtfertigt mit der Behauptung, Saudi-Arabien würde die Patrouillenboote nur vor der eigenen Küste zum Küstenschutz verwenden. Man müsse den Vereinbarungen vertrauen.

Vertrauen? Sie sprechen wirklich über Vertrauen, wenn es um Rüstung geht, wenn es um Saudi-Arabien geht. Wer sich das auf der Zunge zergehen lässt, erkennt unweigerlich den Irrsinn. Auch deutsche Firmen, die Rüstungsgüter produzieren und exportieren, erhalten vom Bund einen Vertrauensschutz, wenn sie nachweisen, dass die bereits genehmigten Lieferungen im Empfängerland bleiben. Aber: Ein Nachweis, wofür diese Rüstungsgüter eingesetzt werden, ist nicht erforderlich. Dabei hieß es im Ergebnispapier der Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD auf Bundesebene noch: „Die Bundesregierung wird ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese am Jemen-Krieg beteiligt sind.“ Dieses Verbot wurde also mit Blick auf die Werft in Wolgast gleich wieder umgangen. Denn: Es gibt einen Bestandsschutz für zuvor erteilte Genehmigungen. Eine weitere Begründung war die Angst um den Schiffbaustandort Wolgast. Wieder wurde mit der Androhung, Arbeitsplätze gingen verloren, Rüstungspolitik legitimiert.

Dabei gäbe es Alternativen: Mit dem Know-how der Marineschiffbauer\*innen kann – den politischen Willen vorausgesetzt – mit Russland ein Konversionsprogramm zum Rückbau vorhandener, ungenutzter Marinetechnik aufgelegt werden. Das schafft Arbeit für Jahre, ist ein Beitrag zur Entspannungspolitik und zur Überwindung der Wirtschaftsblockade gegenüber Russland. Alles gute Ziele, die auch der Politik der Landesregierung entsprechen. Denn in der Landesverfassung steht: „Alles staatliche Handeln muss dem inneren und äußeren Frieden dienen und Bedingungen schaffen, unter denen gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei gelöst werden können.“ Schöne Worte, warum hält man sich nicht daran? Warum muss man die Kapazitäten und Fachkräfte in Wolgast umstrittenen Rüstungsprojekten opfern?

Wer behauptet, es gäbe keine Alternativen, ist ahnungslos oder einfach nicht willens. Die vielen Standortschließungen der Bundeswehr wurden mit einem bundesweiten Konversionsprogramm begleitet. Die Förderprogramme und Instrumente wirken bis heute und lassen sich auch auf andere Bereiche anwenden. Deshalb lautet unsere klare Forderung heute: Keine Rüstungsexporte aus M-V!

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

# Ostermarsch 2018

Presseerklärung des Rostocker Friedensbündnisses vom 2. April:

## Kein Aprilscherz! Zur neuen Waffenschule für alle Kampfflieger in Laage

Auf dem militärischen Teil dieses Flughafens, dem Fliegerhorst des Taktischen Luftwaffengeschwaders 73 „Steinhoff“, soll es seit gestern eine neue Waffenschule der Bundeswehr geben. Die Piloten für sämtliche Kampfflugzeuge der Bundeswehr sollen hier ihre Ausbildung bekommen.

Der zivile Teil des Flughafens, von dem aus Einwohner der Region in den Urlaub starten oder schnell zu wichtigen Geschäftsterminen innerhalb Deutschlands gelangen, ist nur ein Anhängsel des Fliegerhorstes. Airport Rostock-Laage und Fliegerhorst teilen sich die Rollbahn. Die Flugbewegungen auf dem Airport werden vom Tower des Fliegerhorstes koordiniert. Wenn man sich im Terminal umsieht, fällt sofort ins Auge, wie viel für die Bundeswehr geworben wird. Sogar ein Simulator ist dabei, in dem man sich wie im Cockpit eines Eurofighters fühlen kann. Ganz nebenbei will man so Flug-

passagiere für die Luftwaffe begeistern und vielleicht sogar dazu bringen, bei der Bundeswehr anzuheuern.

Für den Fliegerhorst geht es seit Jahren steil nach oben. Als erster Luftwaffenverband wurde das Geschwader „Steinhoff“ 2004 mit dem Eurofighter ausgerüstet.

Bald war es das Ausbildungsgeschwader für alle deutschen und österreichischen Eurofighter-Piloten. Seit 2013 ist es außerdem ein Fliegender Kampfverband: Es stellt eine Alarmrotte bereit, die in kürzester Zeit auf Anweisung eines NATO-Gefechtsstands eingesetzt werden kann. Seine Soldaten und Mitarbeiter sind weltweit in Übungen und Einsätzen unterwegs. Seit 2015 werden in Laage auch Waffenlehrer ausgebildet. Bis 2022 sollen 30 Millionen Euro in den weiteren Ausbau des Fliegerhorstes Laage investiert werden. Und nun kommt die neue Waffenschule hierher.

Menschen fliegen von hier aus in den Urlaub oder zur Arbeit, Touristen kommen

über Laage zu uns in den Norden. Von derselben Rollbahn aus wird für den Krieg ausgebildet und in den Krieg geflogen.

Flugzeuge der Luftwaffe sind in Afghanistan, Jordanien und Mali im Einsatz und bauen im Rahmen des „Air Policing“ über dem baltischen Luftraum die Drohkulisse gegen Russland mit auf. Gleichzeitig hat sich in Rostock die Führung der gesamten Deutschen Marine angesiedelt. Demnächst wird hier ein NATO-Hauptquartier für die Ostsee entstehen. Die Luftwaffe und die Marine, zwei kleine Teilstreitkräfte, aber die wichtigsten für die

modernen Kriege, werden von Laage und Rostock aus gesteuert und organisiert. Das heißt: Rostock und Region sind heute mittendrin, wenn irgendwo Krieg geführt wird. Das darf nicht so bleiben! Wir wünschen allen Kampffliegern in Laage nach Art der Flieger „Many happy landings“ - so lange, bis der letzte unten ist, unten bleibt und abgerüstet wird! Rostock-Laage soll ein ziviler Flughafen sein!



## Thälmann-Ehrung

### REDE VON WILLY HAAG

Liebe Genossinnen, liebe Genossen verehrte Anwesende, unsere diesjährige Gedenkveranstaltung anlässlich des 132. Geburtstages von Ernst Thälmann führen wir in einer Zeit durch, die mehr einem neuen kalten Krieg als einem stabilen weltweiten Friedensprozess gleicht. Wir erleben eine beispiellose Rechtsentwicklung in Europa, wir erleben, wie die USA unter Trump und ihre Verbündeten Frankreich und Großbritannien sich über die Maßen über Völkerrecht hinwegsetzen, um ihre globalen weltweiten Ansprüche durchzusetzen, aber auch alles unternehmen, um von ihren nationalen Problemen abzulenken und sich als starke Führungsmacht darzustellen.

Wir erleben, wie die Türkei unter Erdogan einen barbarischen Vernichtungsfeld gegen das kurdische Volk auf syrischem Territorium führt, wir nehmen mit großer Besorgnis zur Kenntnis, dass es keinen nennenswerten Protest weder gegen die Raketenangriffe noch gegen den Feldzug der Türkei gibt. Wir erleben aber auch, wie sich in Deutschland die europaweite Rechtsentwicklung vollzieht. Wie sich Identitäre, AfD und andere rechte Kräfte in der Gesellschaft etablieren und ihre nationalistischen und rassistischen Parolen verbreiten können.



Andererseits nehmen wir mit Befriedigung zur Kenntnis, dass sich die Antifaschistischen Kräfte auf ihre Stärke besinnen und mit unübersehbarem Protest gegen die Entwicklung im eigenen Land auf die Straße gehen. Mit tausend Demonstranten am 7. April gegen die Etablierung des Stabes der Identitären in Rostock und tausend Teilnehmern an den zwei Gegendemonstrationen in Evershagen machen wir deutlich, dass wir die Straße nicht den rechten Kräften überlassen werden. Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Raketenschlag gegen Syrien. Wir verurteilen den Stellvertreterkrieg in Syrien und treten für eine dringend notwendige Stabilisierung in einem Land ein, das nach nun vielen Jahren Bürgerkrieg endlich befriedet werden muss, damit auch die Fluchtbewegungen der syrischen Menschen gestoppt werden, damit Menschen nicht ihre Heimat zu ihrem Schutz verlassen müssen. Wir wenden uns gegen jede Verunglimpfung

von Flüchtlingen und Asylbewerbern und fordern die Bundesregierung auf, endlich ihre Worte in die Tat umzusetzen und sich stärker in die Beseitigung der wirklichen weltweiten Fluchtursachen einzusetzen. Wir verurteilen die nationalistischen Parolen der AfD und ihre Versuche in die Köpfe der Menschen einzudringen. Das erfordert

aber auch die stärkere Wahrnehmung der Probleme der Menschen, die sich nicht mehr ernst genommen fühlen.

Wir beteiligen uns an den Massenprotesten gegen die AfD-Aufmärsche und fordern den Vermieter auf, den Mietvertrag mit dem Stab der Identitären zu kündigen. Wir beteiligen uns am 1. Mai an der Demo sowie an den Feierlichkeiten auf dem Kastanienplatz und demonstrieren damit unsere Entschlossenheit, uns nicht mit dem abzufinden was sich gegenwärtig in Deutschland und weltweit abspielt. Wir beteiligen uns an der Mahnwache des Friedensbündnisses am 21. April auf dem Uni-Platz.

Meine Ausführungen an einem denkwürdigen Tag des Erinnerns an Ernst Thälmann möchte ich mit einem Zitat aus einem Artikel in der „Jungen Welt“ von Ingar Soltz beenden: „Wer Rechtsextremismus nachhaltig bekämpfen will, muss für reale Gegenmachtserfahrungen bei den kleinen Leuten sorgen – für die Erfahrung, dass man nicht immer nur das Opfer der Geschichte sein muss, nicht immer nur der Amboss ist, sondern auch Hammer sein kann. In diesem Sinne ist jeder Streik, der zu Lohnerhöhungen führt oder besseren Arbeitsbedingungen oder zur kostenlosen Kita und Abschaffung der Studiengebühren, jeder Massenprotest, der die Erhöhung der Hartz-4-Regelsätze erzwingt, antifaschistisch und nicht hilflos.“ Und das ist auch im Sinne Ernst Thälmanns.

# Landesmitgliederkonferenz in Güstrow

**Ende März fand in Güstrow eine Landesmitgliederkonferenz statt. Per E-Mail gab es dazu bereits eine ausführliche Auswertung, aber auch für den KLARTEXT wurde ein Bericht versprochen. Lest hier nun die Eindrücke von Carsten Penzlin sowie im Anschluss von Wolfgang Methling (Fotos: DIE LINKE M-V).**

Anlass für die Landesmitgliederkonferenz waren die Auseinandersetzungen in den Monaten nach dem letzten Landesparteitag im November 2017, die sich vorwiegend um zwei Punkte drehten: die Besetzung der Stelle des Landesgeschäftsführers (Sandro Smolka) und die bezahlte Stelle der Landesvorsitzenden Wenke Brüdgam. Mit über 150 Genoss\*innen war das Bürgerhaus in Güstrow gut gefüllt, ein Zeichen dafür, dass viele der Streit und die Berichterstattung darüber mit großer Sorge erfüllt. Wenke Brüdgam Co-Vorsitzender Torsten Koplin sprach dann nach der fast dreistündigen Debatte von einer ernststen und bitteren Debatte, aber auch von einer Sternstunde für die Partei. Seit 1989/90 sei im Landesverband nie so offen über Probleme diskutiert worden.

Hier ein kurzer Abriss der geäußerten Kritik: Der neue Landesgeschäftsführer sei gegen eine Mehrheit im Landesverband durchgesetzt worden. Es habe der Glaubwürdigkeit der LINKEN geschadet, wie unsozial man mit dem vorherigen Landesgeschäftsführer Kevin Kulke umgegangen sei. Es sei auch arbeitsrechtlich fragwürdig. Das (schmale) Gehalt für Wenke Brüdgam sei als Selbstbedienungsmentalität wahrgenommen worden. Der Landesvorstand habe die „Grabenkämpfe“ im Landesverband befeuert. Der Landesverband sei im schlechtesten Zustand seit 1989/90, kritisierte ein Neumitglied. Es gebe zu wenig offene Debatten im Landesvorstand. Kritiker würden als Nestbeschmutzer beschimpft. Der Landesvorstand habe den Blick für die realen Sorgen der Menschen verloren, DIE LINKE sei nicht mehr bei den Menschen. Es ginge in der LINKEN nur noch um gut bezahlte Pöstchen, meinte Carmen Ziegler, Mitglied im Landesvorstand, die den Landesvorstand als Gruselkabinett bezeichnete, das geschlossen zurücktreten müsse. Gefordert wurde von den Kritikern eine komplette Kehrtwende, sonst sehe man für die Zukunft des Landesverbandes schwarz. Die beiden Landesvorsitzenden müssten sich entschuldigen.

Vieles an dieser Kritik wirkte auf mich irrational, vorgetragen mit einem schwer zu er-

tragenden Pathos der eigenen moralischen Überlegenheit. Es gab aber Genoss\*innen, die lebhaft Widerspruch übten. Peter Ritter erregte sich besonders über den Vorwurf, die Partei würde sich nicht mehr um die Sorgen der Menschen kümmern. „Was mache ich eigentlich die ganze Zeit“, fragte er. Unsere Landtagsfraktion bestimme in Schwerin die inhaltlichen Debatten, auch die Kommunalfraktionen würden hervorragende Sacharbeit leisten. DIE LINKE



könne aber nur erfolgreich sein, wenn ihre Mitglieder gemeinsam agieren und nicht auf persönlicher Ebene streiten würden. Streiten wir uns inhaltlich, forderte auch Barbara Borchardt. An die Kritiker des Landesvorstandes richtete sie den Appell: Lasst diesen formellen Quatsch sein! Die Entscheidung über die Wahl des Landesgeschäftsführers sei zu akzeptieren, auch von jenen, die früher das Wahlverfahren noch stets verteidigt hatten und sich daran jetzt nicht mehr erinnern wollen.

Auch Eva-Maria Kröger äußerte den Verdacht, es ginge den Kritikern gar nicht um die Rechtmäßigkeit des Verfahrens. Würden wir auch hier sitzen, wenn Kevin Kulke mit dem gleichen Verfahren wieder zum Landesgeschäftsführer gewählt worden wäre, fragte sie. Sie könne keine „Spaltung“ oder „Grabenkämpfe“ im Landesverband erkennen, stattdessen würden diese auf emotionale Weise herbeigeredet. Nicht nur Eva äußerte den Verdacht, dass

es in Wahrheit darum ginge, dass man die Wahl der neuen Landesvorsitzenden nicht akzeptieren wolle. Wenke und Torsten würden sich seit Jahrzehnten für die Partei aufopfern, das könne doch nicht durch eine Entscheidung alles in Frage gestellt werden, meinte Eva. Andere formulierten es härter: Es ginge den Kritikern nur um Rechthaberei, denn keine der kritisierten Entscheidungen lasse sich rückgängig machen. Es habe noch nie so viel Transparenz

im Landesverband gegeben, die Landesvorsitzenden seien zudem immer ansprechbar. Auch der neue Landesgeschäftsführer Sandro Smolka wurde für seine engagierte Arbeit gelobt. Aber selbst bei denen, die den Kritikern widersprachen, gab es nachdenkliche Stimmen über die Intransparenz bei der Bestellung des neuen Landesgeschäftsführers. Mehr Fakten, weniger Gerüchte, lautete eine Forderung. Zwar war der Wahlvorgang im Landesvorstand im Rahmen einer Sofortinformation transparent gemacht worden, es fehlten jedoch die Gründe, warum sich die Mehrheit des Landesvorstandes eine weitere Zusammenarbeit mit dem bisherigen Landesgeschäftsführer nicht vorstellen konnte. Torsten Koplin verwies darauf, dass er diese Diskussion nicht öffentlich, schon gar nicht in Abwesenheit des alten Landesgeschäftsführers führen wolle. Er sagte aber Folgendes: Kevin Kulke sei zwar ein großartiger Politiker, aber kein guter Organisator.

Alle eint der Wille, in der Satzung des Landesverbandes endlich die Bestellung des Landesgeschäftsführers eindeutig zu regeln. Ein Landespar-

teitag wird darüber im Herbst entscheiden. Torsten Koplin versprach, alles zu tun, um die Gräben im Landesverband zu schließen. Er könne nur hoffen, dass dies angenommen werde. Wenke Brüdgam hatte schon zu Beginn der Konferenz auf einen fairen Umgang mit den Landesvorsitzenden gedrängt. Viele Vorwürfe gegen sie seien unter der Gürtellinie gewesen. Statt das direkte Gespräch mit ihr zu suchen, hätten einige Genossen den Streit in die Medien getragen, was auch von anderen Redner\*innen scharf kritisiert wurde. Ihre Kritiker lud Wenke herzlich zum Dialog ein. Der angesprochene Genosse Horst Krumpen zeigte sich unbeeindruckt: Er nehme sich weiter das Recht, sich in der Presse zu äußern.

Natürlich wurde in Güstrow auch über Inhalte diskutiert. Torsten Koplin legte im März den Entwurf eines Strategiepapiers vor („Erneuerung zu einer bewegungsorientierten Zukunftspartei“), das in den kom-

menden Monaten weiter diskutiert werden soll. Gleiches gilt für die Kommunalpolitischen Grundsätze („Weil sie Euch gehört ...“) in Vorbereitung der Kommunalwahlen 2019. Mein persönlicher Eindruck ist, dass die beiden Landesvorsitzenden die inhaltlichen Debatten im Landesverband stark vorantreiben, mit interessanten Aktionen an die Öffentlichkeit gehen und eng mit unserer Landtagsfraktion zusammenarbeiten. Dabei sollten wir sie aktiv unterstützen und die unsinnigen Personaldebatten endlich einstellen!

Carsten Penzlin

### Zur Landesmitgliederkonferenz am 24.3.2018

Da mir vom Landesvorstand die Rolle als Mitglied des moderierende Tagungspräsidiums der erstmalig durchgeführten Landesmitgliederkonferenz übertragen war, konnte und wollte ich mich nicht an der Diskussion im Bürgerhaus Güstrow beteiligen. Deshalb möchte ich im Nachgang ein paar Gedanken zu dieser Konferenz darlegen. Die zahlreiche Teilnahme und engagierte Aussprache hat bewiesen, dass eine sehr große Mehrheit die Durchführung dieser weder in der Bundessatzung noch in der Landessatzung vorgesehenen Form der Beteiligung der Mitglieder an der Diskussion von tatsächlichen oder behaupteten Problemen und Fragen zur Arbeit des Landesvorstandes, der Landesvorsitzenden und der Situation im Landesverband begrüßt hat. Ich fand es (im Gegensatz zu Wilfried Schubert) auch sehr richtig, den Inhalt der Konferenz auf die Situation im Landesverband zu konzentrieren und nicht die Gesamtsituation in der Bundespartei und Bundestagsfraktion zu behandeln. Dafür gab es wenige Wochen vorher bei dem Forum mit Bernd Rixinger an gleicher Stelle die Möglichkeit, mit unserem Bundesvorsitzenden zu diskutieren. Die von einigen Mitgliedern des Landesvorstandes nicht gewollte Fokussierung und Strukturierung der einführenden Beiträge und der Diskussion auf die Arbeit des Landesvorstandes, insbesondere der Landesvorsitzenden Wenke Brüdgam und Torsten Koplin, die politische Strategie des Landesverbandes und die Kommunalpolitik war aus meiner Sicht richtig und sehr wichtig, um die Ziele dieser besonderen Konferenz zu erreichen. Die große Disziplin der Rednerinnen und Redner sowie die sensible Konferenzleitung machten es möglich, dass alle zu Wort kamen, die sprechen wollten. Insofern war die Veranstaltung ein voller Erfolg für die innerparteiliche Demokratie.

Ob die Darlegung der zum Teil sehr unterschiedlichen Sichten auf den Zustand und die politische Handlungsfähigkeit des Landesverbandes, das Agieren der Landesvorsitzenden und den Beschluss des Landesvorstandes zur Besetzung der Position des Geschäftsführers mit Sandro Smolka tatsächlich zu gegenseitig besserem Verstehen und zur Bereitschaft, gemeinsam und konstruktiv miteinander zu arbeiten, beigetragen haben, scheint mir nicht sicher. Die Landesvorsitzenden haben nach meinem Eindruck durchaus auch selbstkritisch auf die Vorbereitung und Durchführung der umstrittenen Personalentscheidung zurückgeblickt und sich für nicht ausreichende Transparenz entschuldigt. Warum sie im Landesvorstand ihre Gründe dafür nicht ausreichend benannt hatten, auf der Konferenz jedoch

Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren, ohne Selbstkritik, dass das Austragen ihrer Kritiken in der Öffentlichkeit nicht nur das Ansehen der Landesvorsitzenden und des Landesgeschäftsführers, sondern des gesamten Landesverbandes beschädigt hat.

Ich bin mir nicht sicher, ob die formale Kritik am Verfahren der Bestellung des Landesgeschäftsführers nicht doch eigentlich persönlich motiviert ist. Hätte es bei einer knappen Mehrheitsentscheidung des Landesvorstandes für Kevin Kulke auch eine solche Reaktion gegeben? Das Gute an der nunmehrigen Anrufung der Bundesschiedskommission besteht darin, dass eine genaue parteirechtliche Klärung des Verfahrens erfolgt. Wäre Wenke Brüdgam nicht als Landesvorsitzende gewählt worden, wenn sie bei ihrer Kandidatur genauer benannt hätte, dass sie das Amt nicht gänzlich ehrenamtlich ausüben kann? Ist das von Wenke gewünschte, wirklich nicht üppige, Gehalt Ausdruck von Selbstbedienungsmentalität? Sollen aus finanziellen Gründen nur noch Mandatsträger im Bundes- oder Landtag Landesvorsitzende sein können? Trotz meiner teilweisen Zweifel an der positiven Nachwirkung dieser ungewöhnlichen Mitgliederkonferenz bin ich optimistisch nach Hause gefahren. Dazu haben u.a. die mit viel Beifall bedachten Beiträge und Appelle von Simone Oldenburg, Peter Ritter, Barbara Borhardt, Eva Kröger, Cati Muth und Peter Hörnig beigetragen. Die von einigen Genossen ausgemachten „Grabenkämpfe“ werden offensichtlich nur in wenigen Regionen, aber leider auch (und das ist für mich frustrierend!) im Landesvorstand geführt. Das begann damit, dass bereits in der ersten Sitzung des neu gewählten Landesvorstandes Mitglieder dieses Vorstandes dessen kollektiven Rücktritt gefordert haben. Das war ein absoluter Fehlstart und der wurde in Güstrow fortgeführt. Mein Appell an alle Kritiker lautet:

- Rauft Euch um die gewählten Landesvorsitzenden zusammen und nicht auseinander!
- Diskutiert lange, aber nicht unendlich!
- Konzentriert Euch auf die Inhalte der politischen Sacharbeit (Strategie, Kommunalwahlen)!
- Akzeptiert (auch knappe) Mehrheitsentscheidungen!
- Hört auf, die (verständlicherweise dafür dankbaren) Medien mit Signalen und Botschaften des innerparteilichen Streits zu versorgen!
- Wer meint, dass er/sie besser für eine Funktion geeignet ist, sollte bei der nächsten Gelegenheit dafür kandidieren!

Prof. Wolfgang Methling



Da hilft nur noch Beten

öffentlich machen konnten, verstehe ich allerdings bis heute nicht. Die heftigsten Kritiker (teilweise Mitglieder des Landesvorstandes) verharrten weitestgehend auf ihren Positionen - ohne Berücksichtigung der Selbstkritik der Vorsitzenden und anderen Diskussionsteilnehmer/innen, ohne

# Bericht aus dem Bundesausschuss

Am 3. und 4. März dieses Jahres konstituierte sich in Berlin der neu gewählte Bundesausschuss für die Legislatur 2018/2019. Da die Genossinnen und Genossen des Landesverbandes Brandenburg sowie des Jugendverbandes noch keine Delegierten gewählt hatten, musste auf die Wahl des Präsidiums verzichtet werden und so übernahmen Barbara Borchardt (Mecklenburg-Vorpommern) und Alexander Kauz (Baden-Württemberg) als verbliebene Mitglieder des vergangenen Präsidiums die kommissarische Leitung des Sitzungswochenendes.

Katja Kipping berichtete als Vertreterin des Parteivorstandes über die Eckpunkte der geplanten Pflege- sowie Mietenkampagne 2018. Sie verwies dabei auf die Bedeutung des Images unserer Partei im Bereich der Pflege. Dieses soll beispielsweise durch eine Unterstützung der Pflegekräfte in ihrer Selbstorganisation sowie in tariflichen Kämpfen geschärft werden. Im Mai folgt darüber hinaus im Rahmen der Kampagne eine bundesweite Aktionswoche zum Thema Pflege. Im Hinblick auf die Mietenkampagne stellte sie die Bedeutung der Unterstützung von Aktiven an der Basis und in den Kreisverbänden durch die Bundespartei heraus. Den Rahmen ihrer Rede bildete die Vision einer Sozialoffensive durch DIE LINKE, mit der wir den Verteilungskämpfen bspw. durch mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Pflegerinnen und Pfleger sowie mehr sozialen Wohnraum entgegenwirken können.

Des Weiteren berichtete Cornelia Möhring als Vertreterin der Gruppe der LINKEN im Europäischen Parlament von einer im Juni geplanten Konferenz zum Themenschwerpunkt der ländlichen Räume.

Matthias Höhn konnte als Mitglied der Bundestagsfraktion die gute Nachricht übermitteln, dass linke Abgeordnete nun den Vorsitz im Wirtschaftsausschuss sowie dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend innehaben. Im Hinblick auf die neu im Bundestag vertretene AfD bekräftigte er das Credo der Fraktion, dass Kandidaturen von AfD-Mitgliedern - egal wofür - nicht unterstützt werden. Unerfreulich war die Tatsache, dass der Bundeswehretat in den vergangenen vier Jahren um 20 % erhöht wurde. Im gleichen Zeitraum seien darüber hinaus Rüstungsvorhaben im Umfang von 31 Mrd. Euro umgesetzt worden. Der Bundesausschuss reagierte hierauf mit der Unterstützung der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ (<https://abruesten.jetzt/>), die sich gegen die steigende Rüstungsausgaben der Bundesregierung stellt und bereits 40.000 Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden hat. Gleichsam fordert der Bundesausschuss die Gliederungen der Partei dazu auf, diese Initiative zu unterstützen und mit eigenen Beiträgen zusätzlich zu beleben.

Der Bundesausschuss hat traditionell die Aufgabe, die Listen für die Europawahl aufzustellen. Da dies auch in diesem Jahr wieder der Fall sein wird, kam dem Bericht von Judith Benda als Vertreterin der Europäischen Linken (EL) eine besondere Rolle. Sie und andere Referentinnen und Referenten der EL stehen im Rahmen der Europawahl 2019 gerne für Vorträge zur Verfügung. Darüber hinaus bekräftigten mehrere Delegierte in der anschließenden Diskussion unseren Traum einer europäischen Sozialunion anstelle von Austeritätspolitik und dem Fokus auf wirtschaft-

liche Interessen in Europa.

Im Bericht des Bundesschatzmeisters, Thomas Nord, wurde insbesondere die Beitragsdisziplin der östlichen Landesverbände sowie des Landesverbandes Nordrhein-Westfalens herausgestellt. Hierbei lobte er vor allem das nach wie vor hohe Engagement der älteren Genossinnen und Genossen, die die Partei nicht zuletzt durch ihre Beiträge und Spenden aktionsfähig machen.

Ein weiterer Beschluss des Bundesausschusses beschäftigte sich ebenfalls mit dem Thema Finanzen - genauer gesagt der Bundesfinanzen. Hier forderten wir die Bundesregierung u. a. zu notwendigen Investitionen in den Bereichen Soziales, Bildung sowie Infrastruktur anstelle der Schwarzen Null auf.

Im Rahmen des Sitzungswochenendes konstituierte sich gleichfalls die AG „Zusammenwachsen“, die sich zum einen das Zusammenwachsen der einzelnen Landesverbände sowie zum anderen die Vorbereitung von Initiativen und Anträgen im Rahmen der Sitzungen des Bundesausschusses zur Aufgabe macht. Unser Landesverband war bei der AG-Sitzung mit gleich 3 Vertreter\*innen präsent. Abschließend sei erwähnt, dass der Bundesausschuss im September diesen Jahres im Rahmen des Karl-Marx-Jubiläums in dessen Geburtsstadt Trier tagen wird. Das Rahmenprogramm dafür wird auf der kommenden Sitzung im Juni besprochen.

Ich hoffe, dass ich euch einen transparenten Einblick in die erste Sitzung des neuen Bundesausschusses geben konnte. Wenn ihr Fragen oder Anregungen zur Arbeit des Bundesausschusses habt, stehe ich euch gerne zur Verfügung. *Hannes Nehls*

## Zum Sozialstaatsgebot

Häufig hört man: Die Sozialversicherungen müssten sich auf die eigentlich Bedürftigen beschränken. Das ist Quatsch, quätscher geht es gar nicht. Ein Solidarsystem, das nur aus Bedürftigen besteht, gibt es überhaupt nicht. Ein Sozialsystem ist auch nicht für etwaige Bedürftige da. Die Rentenversicherung ist nicht für die Alten da, sondern für die Jungen. Eine Krankenversicherung ist nicht für die Kranken da, sondern für die Gesunden. Eine Arbeitslosenversicherung ist nicht für die Arbeitslosen da, sondern für die, die Arbeit haben. Und eine Pflegeversicherung ist nicht für die Pflegebedürftigen da, sondern für die Gesunden und Jungen. Es verhält sich also wie mit der Feuerwehr, die ist keineswegs dazu da, damit es mal brennt, sondern weil es mal brennt. Es geht beim Solidarsystem nicht darum, nur Empfänger zu sein, sondern darum auch Solidarität zu leisten

und damit Geber zu werden. Es kann also nicht darum gehen, Almosen an die Armen zu verteilen oder Socken zu stricken, damit die Armen keine kalten Füße bekommen. Es geht vielmehr darum, ein Solidarsystem zu betreiben, dass den Empfängern von Sozialleistungen im Falle des eingetretenen Versicherungsfalles einen Rechtsanspruch auf solidarische Hilfe einräumt.

Man betrachtet also das Problem von der falschen Seite, wenn man davon ausgeht, dass der Sozialstaat dazu dienen soll, Bedürftigen zu helfen und dafür sorgt, dass sie nicht hungern oder frieren, denn dafür ist die Caritas da.

Wenn Die Linke als Partei in der Öffentlichkeit als politische Kraft wahrgenommen wird, die sich als Almosenverteiler präsentiert, wird sie immer in die Ecke derer gestellt, die das Geld anderer Leute ausgeben möchten und

zu diesem Zweck von Umverteilung träumt. Das Gegenteil ist aber der Fall, es muss Schluss mit der Umverteilung gemacht werden. Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben, die sich in unserer Gesellschaft automatisch nach den Gesetzen des Marktes dartut. Der nicht gerade linkslastige Franzose Thomas Piketty hat in einer umfangreichen Studiensammlung diese Umverteilung eindrucksvoll allgemein nachgewiesen.

Wenn jemand meint, der soziale Rechtsstaat würde bedeuten, dass umverteilt werden soll und den Reichen Geld weggenommen werden wird, um es zu den Bedürftigen zu geben, sei demjenigen empfohlen, sich auf eine einsame Insel zu begeben. Dort kann er dann ungestört reich werden, ohne jemals von einer Umverteilung betroffen zu sein.

Durch GG Art. 79, Abs. 3 (Ewigkeitsklausel) ist der Art. 20 (Sozialstaatspostulat), unver-



änderbar in unserem GG festgeschrieben und könnte nur durch revolutionäre Akte durchbrochen werden. Das GG darf an dieser Stelle auch nicht mit 100% der Volksvertreterstimmen abgeändert werden. Weil es also nicht möglich ist, das GG entsprechend zu manipulieren, versuchen neoliberale Kräfte, es über schleichende Vorgänge aufzuweichen. So wird z.B. schamlos von den drei Säulen der Rentenversicherung gesprochen. Dabei gibt nur eine Säule der Altersversorgung und die ist staatlich, umlagefinanziert und braucht auch nicht subventioniert werden.

Allerdings vergreift man sich an diesem Rentensystem (z.B. die sog. Mütterrente), um versicherungsfremde Leistungen zu gewähren, die aus dem allgemeinen Steuertopf bezahlt gehören. Anschließend wird die Situation der Rentenversicherung als unbezahlbar beschrieben und erfindet weitere staatlich subventionierte Säulen der Rentenversicherung, an denen ausschließlich die privaten Rentenversicherungen verdienen. Der Versicherte trägt das Risiko und erhält im Zweifel nicht einen Cent aus dieser Versicherung. Die Absicht ist klar, man plündert die Sozialkassen, um anschließend die Privatisierung

### **Eindrücke von der Klausurtagung des Kreisvorstandes Landkreis Rostock**

**Am 21. April ging der Kreisvorstand des Landkreises Rostock in Klausur. Im Mittelpunkt standen die Vorbereitung der Kommunal- und Europawahlen im kommenden Jahr sowie die Entwicklung unseres Kreisverbandes in den kommenden Jahren.**

**Europapolitik nicht „nebenbei“ abhandeln**  
Unser Kreisvorsitzender Peter Hörnig hatte im Vorfeld der Tagung Sebastian Schmidt, Referent für Europapolitik der Landtagsfraktion, für ein Eingangsreferat angefragt. Dieser kam gerne zu unserer Klausur. Genosse Schmidt bemängelte, dass die Europawahlen oft „nur nebenbei laufen“ und die Schwerpunkte der Wahlkämpfe oft auf die Kommunalwahlen verlagert würden. Dabei ist die Europäische Union auch für Mecklenburg-Vorpommern von entscheidender Bedeutung. M-V bekommt jährlich mehrere Milliarden Euro an Hilfgeldern, ohne die viele Bereiche des sozialen und öffentlichen Lebens gar nicht finanziert werden könnten. Doch die EU hat nicht nur positiven Einfluss auf M-V, so war und ist unser Land naturgemäß stark betroffen von den Sanktionen gegen Russland. Eine der wesentlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten liegt im Entsenden von Abgeordneten ins Europaparlament, auch deshalb ist es immens wichtig, sich in den Europawahlkampf einzubringen.

**Kommunale Verankerung weiter festigen**  
Im zweiten Teil der Klausurtagung referierte die Vorsitzende der Kreistagsfraktion Karin Schmidt über die Arbeit der Fraktion der

derselben zu betreiben. Dabei wird dann auch noch mit der Vokabel „modern“ argumentiert. Aber bitte schön, was ist denn an einer privaten Rentenversicherung modern? Sie ist für die Versicherten nur unsicher. Das sind Generationenverträge, an denen man nicht alle halbe Jahre herumdoktern darf. Denn das erzeugt Unsicherheit bei den Betroffenen und treibt diese in die Arme der unsicheren privaten Versicherungen, die dann überflüssigerweise auch noch staatlich subventioniert werden.

Dass die Rentenversicherungsbeiträge aktuell um einen halben Prozentpunkt gesenkt wurden und die Planung bei der Krankenversicherung dahingeht, die derzeit vorhandenen Überschüsse aufzubrechen, um auch die später als gescheitert zu präsentieren, zeigt die gegenwärtige Sozialpolitik deutlich an. Das ist nicht mehr im Sinne unseres Grundgesetzes.

Vielleicht liegt auch alles nur daran, dass dem Josef Ackermann mal wieder langweilig wurde oder man meint, dass an alle gedacht ist, wenn jeder an sich denkt.

Fazit: Das Sozialstaatsgebot ist ein fester unveränderlicher Anker in unserem System. Wer es ändern oder nur aufweichen will,

vergangenen Jahre. Der Elan für die politische Arbeit würde oft fehlen, weil andere Parteien die LINKE immer stärker ausgrenzen. Besonders die Übermacht der CDU und die oft feindselige Haltung der SPD uns gegenüber fallen besonders negativ auf. War eine Zusammenarbeit mit der SPD in den 1990er Jahren oft noch möglich, als Beispiel sei hier die Bildungspolitik genannt, haben die Sozialdemokrat\*innen ihre Kooperation heute fast völlig heruntergefahren. Verlässliche Absprachen mit der SPD sind schlichtweg nicht mehr möglich und obwohl es bei der CDU wesentlich geringere inhaltliche Übereinstimmungen gäbe als mit der SPD, könne man sich auf die Aussagen von CDU-Vertreter\*innen verlassen. In Hinblick auf die Erstellung eines neuen Wahlprogramms erklärte Genossin Schmidt, dass die Probleme und Aufgabenfelder im Wesentlichen dieselben wie vor der vergangenen Kommunalwahl seien.

Im anschließenden Austausch wandte sich Genossin Karen Larisch, Mitglied des Landtages und ebenfalls Mitglied der Kreistagsfraktion an den Kreisvorstand. Durch die Größe des Landkreises entstände für alle Kreistagsmitglieder ein hoher zeitlicher Aufwand, alleine schon wegen der Fahrerei zu den Sitzungen. Gleichzeitig habe sich die Arbeit der Verwaltung massiv verschlechtert. Einladungen würden nicht an alle Kreistagsmitglieder versendet, Protokolle verspätet oder unvollständig verschickt. „Die Überheblichkeit der Verwaltung ist ein Unding!“, sagte sie. Sie sprach noch ein anderes Problemfeld an: „Politik darf kein Selbstzweck sein, sondern für die Menschen gemacht werden.“ In der politischen Arbeit müsse die Sprache verständlich für die Mehrheit der Menschen

stellt sich gegen unser GG, auch wenn die Kanzlerin immer wieder versucht deutlich zu machen, wie gut und gerne wir hier leben. Realität ist aber, dass etwa 40% der Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor arbeiten. D.h. diese Arbeitnehmer erhalten weniger als aktuell 9,94 Euro brutto pro Stunde. Und eine Studie der europäischen Statistikbehörde Eurostat offenbart: Wenn es um das Finanzvermögen geht, sind die Bundesbürger Mittelmaß. Deutschland rangiert in diesem Vergleich gerade mal auf dem 12. Platz, noch hinter Ländern wie Malta, Portugal oder Spanien.

Die Forderung muss also ganz klar lauten: Für eine klare Sozialstaatlichkeit außerhalb jedes Spielcasinos und Abschaffung oligarchischer Strukturen, die in Deutschland schamhaft mit dem Begriff Familienbetriebe umschrieben werden. Jeder denkt an den Bäcker oder Dachdecker um die Ecke, die sind aber gar nicht gemeint. Auch die zu erwartende Erhöhung der Arbeitslosigkeit aufgrund der Digitalisierung erfordert eine sichere grundsätzliche Sozialpolitik für die Beschäftigten.

*Wolfgang Schulta, Graal-Müritz*

sein. Das bedeute auch, weniger Fachausdrücke zu benutzen.

### **Wo ein Genosse steht, ist die Partei**

In den dritten Teil der Klausurtagung („Mitgliedergewinnung“) führte Lutz Hänsel ein. „Mitgliedergewinnung muss in allen Ebenen der politischen Arbeit symbiotisch verankert sein“, sagte er zu Beginn. Und in der Tat ist das Gewinnen von neuen Mitstreiter\*innen von lebenswichtiger Bedeutung für unseren Kreisverband und die Partei überhaupt. Wichtig sei, dass wir neuen Mitgliedern – und auch erfahrenen Genoss\*innen – Freude an der Gestaltung der Politik vermitteln. Dazu müssen die eigenen Stärken verstärkt in den Vordergrund gebracht werden. Ohne eine positive Grundstimmung in der Partei werde es schwer werden, die Partei zukunftsfähig zu machen. Essentiell ist dabei die Öffentlichkeitsarbeit. Wir müssen noch stärker als bisher wahrnehmbar werden. Nicht zuletzt die Möglichkeiten des Internets müssen wir dafür noch besser nutzen.

Die Klausurtagung konnte einige Lösungsansätze hervorbringen, die wir in den kommenden Monaten weiter verfeinern und konkretisieren müssen. Zentrale Aufgabe bleibt das Gewinnen von Kandidat\*innen für die anstehenden Kommunalwahlen und von neuen Genoss\*innen. Diese Aufgaben sind in einem Flächenlandkreis keine Kleinigkeiten, aber sie sind überlebenswichtig für unsere Partei. DIE LINKE ist die einzige relevante Friedenspartei der Bundesrepublik und die soziale Opposition nicht nur in den Parlamenten, sondern auch in den Vereinen und Verbänden. Dafür lohnt es sich zu streiten und Mühen auf sich zu nehmen. *Nico Burmeister*

# Kurt Kaiser: Reis nah Kaliningrad

Meine heutige Geschichte aus „Soeben platt-dütsch Bäuker för mien 800jöhriig Rostock“, die Christian Kopocz mit seinem Lübecker Verlag ([www.buchhandelsgesellschaft.de](http://www.buchhandelsgesellschaft.de)) – herausgegeben hat, entnahm ich dem Band 6: „Klönssnacks oewer Dit & Dat“. Einleitend,



hier zur Erinnerung, eine Bemerkung über „Schrottggeschäfte“:

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands, gab es staatliche Zuschüsse für den Kauf eines neuen Autos um das Land von mehr oder weniger schrottreifen PKW zu befreien. Anstelle, wie staatlich beabsichtigt, diese oft noch intakten alten Autos durch die Schrottpresse zu schicken, verstanden clevere Händler daraus ein attraktives Geschäft zu machen:

So fuhr zum Beispiel vom Rostocker Hafen wöchentlich das unter einer Panamaflagge (aus steuerlichen Gründen) fahrende RORO-Motorschiff „BALTIC METEOR“ (deutscher Kapitän, russische Mannschaft) mit ausgemusterten PKWs vollbeladenen Decks nach Kaliningrad, um den Russen den deutschen Schrott zu verkaufen. Darüber gab es keinen Skrupel, im Gegenteil, unsere „Geschäftsleute“ waren stolz „arme Russen“ zu einem echten deutschen Mercedes, Opel oder VW verhelfen zu können.

Auf welche Art und Weise ich mit diesen fragwürdigen Geschäften zu tun bekam, möchte ich hier mit der Geschichte „**Reis nah Kaliningrad**“ auf Plattdeutsch erzählen.

\*

Mien ierst Reis nah Kaliningrad har ick mit dat **RO-RO-MS „BALTIC METEOR“** unner dat Kommando von Käpt'n Klaus Rohde. Dat wier för mi ein dullet Abenteuer. Ick vertell nu von Anfang an.

In'n Sommer 1995 müsst ick taun Tähnenklempner, vör denn ick all ümmer bäten Schiss har. De hett mi „ne Sprütt verpasst un denn Piesacker von Tähn rutmaracht. Ick heff 't oewerstahn. Dornah, alldiwiel mi noch bäten rammdüsig inn Kopp wier, verpeerte ick mi up'n Reutershäger Wochenmarkt de Bein, un beläwt dorbi ein grot Oewerraschung: Nah twintig Johr dröp ick mienen ehemaligen Schaulkumpel, Hans Hahn, werrer. Hei stün an 'n Marktstand un prieste dor luthals „Frisch-Eier!!“ an.

Ick wull em bäten verfiiren un reep: „He, Hanning, wat krehst du denn hier so luthals rüm, as 'n Hahn up'n Hühnerhoff?“

Hans keek nu verdattert nah denn driesten Provokatör. Oewer, as he mi seech strahlte hei as ‚n Teller Brotsupp un reep: „Minsch, Kuddel, wo kümst du denn her?“

„Frach mi nich“, antwurd ick un stöhnte, „de Klempner hett mi 'n Tähn treckt! Oewer segg 'mal, wer hett di denn de Eier leggt?“

Hans schmeet sick in de Bost, un ümmer de olle „Prahlsch“, reep he:

„Ick bün jetzt 'n Frisch-Eier-Dienst-Ge-em-be-ha!“

„Dat passt!“, säd ick: „Ein Hahn, dei Eier verköfft un denn Kropp nich vull kriegen kann, büst gor schon ‚n riek Kapitalist worn?“

Oewer dornah seech hei denn grad noch nich ut. Fluggs makte de nu sienen Eierstand dicht, üm mit mi uns Wedderseihn tau begeiten.

Wi vertellten uns denn bi 'n Pott Kaffee ok ut uns Schautied. Dor erinnert sik Hans, dat ick einst Klassenprimus in Russisch wier, un har ok schon ‚ne fix Idee:

„Kuddel, segg mi ‚mal, old Fründ: de Russen hemm doch trutz ehre Perestroika woll noch poor Hühnerfarmen oewriglaten?“

Ick har doroeower swors kein Ahnung, trutzdem säd ick: „Dorvon kannst utgahn. Ick heff ‚mal in ‚n *Sputnik* läst, dat dor hunnertdusend Hühner up 'n Hupen tausamenspartt sik gegensiedig de Feddern utrieten.“

Dat verslöch mienen Maaten woll bäten de Sprak, oewer man blots förn Ogenblick, denn kreihte hei all siene Idee rut, dat de Gäst von Disch näbenan glöwen kün', dat wi 'n Hauptgewinn in 'n Lotto harn:

„Mann o Mann, dat is 'n Knüller! Weist wat? - Wi makt 'n Export-Import-Geschäft mit Russland up, dat ward denn mien zweites Standbein!“

So füng mien Geschäftsmanagement in Hans Hahn sien „Frischeier GmbH“ an:

Wi hemm uns in 'n Rostocker Oewersee haben einen Container miet, mit denn wi up denn *ROLL-ON-ROLL-OFF-DAMPER*, dei oewer dei Ostsee jede Woch' nah Kaliningrad hen und trög schipperte, uns Wor tau transportieren dachten.

Hans har dor all grote Flausen in'n Kopp:

„Pro Woch' bugsiern wi ‚nen Twintig-Faut-Container mit ‚ne Million Eier oewer de Kai-kant, un dat förn halben Pries! Weist 't ok wat dat bedüht?“

Ick har noch so miene Twiefel un fragt: „Womit wisst denn de Eier betahlen?“

Doran har he all lang dacht un säd: „Mit *Rostocker Pils*, denk ick! So kriegen dei Russen endlich mal wat Exklusivet tau schlucken nah Kalligrad!“

Hahn künn apenbor Kaliningrad nich utspräken, denn he säd ümmer: „Kalligrad“.

„Wenn dit man gaud geht“, dacht ick. Taun Glück kennt ick in Kaliningrad, dat för mi in

Kopp ümmer noch Königsbarg wier, Fedja Fedorowitsch, denn ick üm Biestand angahn wull. Mit denn ollen „Seelenverkörper“ ünner Panama-Flagg un denn hochtrabschen Namen: BALTIC METEOR, nehmen denn Hans un ick Kurs up Kaliningrad.

De Fohrt duerte twei Nächst un einen Dach. Dor har ick Tied 'naug, üm Hans wat öwer mien Bekanntschaft mit Fedja Fedorowitsch tau vertellen.

Ick har mien Fru, dei in Ostpreußen burn un upwussen is, all poor Mal in ehre olle Heimat begleit'. Sei hett dor, an dat Kurischen Haff, eine schöne Kinnertied beläwt, öwer tauetzt leider noch väl Schlimmet, tausamen mit ehre Mudder und Schwester, un annere Landslud, dörmakt.

Siet 1945 läwten dor nu Russen, dei ok ehre kaputte Heimat verlaten mössten.

As de Taufall dat so wull, hett mien Fru 1995, bi einen Besäk von *Rinderort an 'n Kurischen Haff*, wo sei bit 1948 up einen russischen Fischkolchos arbeiten möst, Fedja nah 47 Johren nu wedder seihn. Sei wier damals Söbenteihn as sei denn gliköldrigen Russen kennenlierte.

Fedja freute sik as 'n Stint, siene dütsche „*Dewuschka*“ noch einmal tau drapen. Hei fischte einen groten Zander un wi makten einen *Prassnik*, wat up dütsch sowäl as Festäten bedüht.

Mi interessierte nu, woans Fedja denn Krieg öberläwt har, un hei verteilt uns, dat hei as Twölfjöhriiger nah Rostock verschleppt wör.

Nu wier mien Fru baff un vertellte Fedja, woans sei mit ehre Mudder un Schwester 1948 in Rostock ehre zweite Heimat funnen hett. Fedja wier oewerascht un klatscht för Freud sien Händ un vertelle nu, dat hei in Rostock bi Heinkel Zwangsarbeiter wier un dor de Kantin sauber hollen möst. Dorbi güng 't em nich so schlecht, as siene Liedensgenossen, de Bomber un Bunker bugen mössten.

Hans Hahn, de niepem tauhürt har, wier nu uter Rand un Band: „Dor sühst du mal wer rer, wie lütt doch uns groot Welt is. Ick glöw, dei Fedja, disse Russenfründ von dien Frau, dei is okay, hei kann uns nu woll ok helpen ein *Joint-Venture-Eier-Ge-Em-Be-Ha* in Kalligrad tau installieren?“

So kehm dat denn ok: Up Fedja wier Verlaat. Hei hett uns Expedition gaud vörbereit'. Wi staunten, dat up dei Häunerfarm, dei wi nu besöchten, allens noch so gaud löp: Dat grote Verwaltungsgebäude seech von Buten swors tämlich gries ut, oewer binn' wier't orentlich und sauber. Wo vör Gorbatschow sien *Perestroika-Tied* ein Kolchosnatschalnik regierte, empfüng uns nu *Iwan Iwanowitsch* mit Tee un Gebäck. Denn Generaldirektor - as watt em en Schild an de Bürodör utwieste - güng siene Tröchhollung flöten, as wie em uns Souvenir, ein groot Buddel Rostocker Duppelköhm un ‚n Kasten Bier, präsentierten.

„Nastorowje! - Proost!“ hett dat denn heiten.

Un Hans Hahn, *mien Chefmanager*, brabbelte öwer „Kalligrad“, statt Kaliningrad, un kreihte nah jeden Schluck Wodka von einen „kuhlen Dihl mit Joint“, as wull hei mit Drogen han-neln.

Ick möst all mien Russischvokabeln ut'n Dötz kratzen, üm Hahn sien Kauderwelsch tau dol-metschen.

Endlich kreech he noch de Kurv' un kehm up 't Eiergeschäft tau spräken:

„Ein Flasch dütschen Pils för teihn russisch Eier, is dat ‚n Angebot?“

„Njet!“, dröhnte Iwan Iwanowitsch: „Du zah-len Marka, Cash! - Ponnemaju?“

Mien *Eierhans* verstün nicks un förrert von mi: „Segg denn Iwan, dat hei sik siene Marka sünst wo henkläben sall und ick ok sienen russisch Kascha nich mach. Ick beihd em nu teihn Penning för dat Ei, dat is ein Sonder-angebot!“

Iwan Iwanowitsch schüttelt werrer denn Kopp: „Pjatnazet Penny!“

Mien Hahn kreeg ‚n dicken Hals as ´n Dös-ckopp un frög:

„Watt secht hei? - Föfteihn Penning för ´n Ei? Is de Kierl narsch?“

Hei glupschte Iwan mit grot Ogen an un zau-sterete: „Iwann, mien Bradd, hür nu mal tau: Ick, Hans, gäw di dütsche Marka, verstäh'n? Valuta, serr gutt Valuta, punnemaij?“

Oewer hei künn noch soväl kreihtgen: Iwan Iwanowitsch bleef hart. Keiner von uns har dacht, dat ein Russ so stur sien kün.

Ok Fedja kün dor nicks maken. Oewer hei hülp uns denn noch dat Bier aftausetten.

Bi dit Äktschen lierten wie *Igor Vladimiro-witsch* kennen, dei sik för düütschen Joghurt, Nudeln, Mühl un Kees interessierte. Dat dur-te nich lang, dor har Hans Hahn endlich sien zweites Standbein, un ick wür sien Manager.

Nu flutschte dat Geschäft: Jede Woch' bröchte <BALTIK METEOR> einen Container mit Lääbensmittel nah Kaliningrad. Dit Geschäft güng solang gaud, bit dat olle Schipp nich mehr seedüchtig wier un an de Käd leggt wür.



Roll on-Roll off-Motorschiff „Baltic Meteor“

Wenn ick in Erinnerung an väle Abenteuer ut mien Tied as Handelsreisender in ´t Vertellen kam, denn vergät ick ok nich, von ´n poor Storm-Beläwnisse up de Ostsee, de unsen ollen Damper arg dörchschüttelte, tau vertell ´n. Dormit mien Tauhürer nu nich glö-wen, dat ich hier Seemannsgorn tausamen-

spinn, har ick ok ein Foto parat, wat mi an Burd as Stüermann bi ruhig See zeigt:



Wenn ick öwer vertell, woans Königsbarg un dei ganze russische Enklave, wat einst Ostpreußen wier, sik quälen möt üm werrer ein normalet Lääwen tau föhren, ward mien Fru ümmer trurig. Sei erhalt sik ierst werrer, wenn sei von früher, oewer ehre Heimat, dat schöne „Land der dunklen Wälder“, vertellen kann.

Denn spräkt se ok mit mi ehr ostpreußischet Platt, dat väle lustig Geschichten kennt. De Sprak, dat künn ick ümmer werrer faststel-len, is mit dat wichtigste Binneglied twischen de Minschen. Dorum plägen wi ok giern uns Kontakte mit ostpreußische Majelche un Lor-basse, wenn sik in MeckPom de „ollen Ost-preußen“ tau ehre Traditionspläch tausamen fin ´n.

## Kleine Künstler am Werk

Wenn ich an der Haltestelle der Straßenbahn Rügener Straße einsteige, beobachte ich oft, dass Wartende interessiert die buntbemalte Wand betrachten. Wer hat sie geschaffen? Im Mehrgenerationenhaus (MGH), auch genannt „das rote Haus“, gibt es ein vielfältiges Angebot zur Freizeitgestaltung. Die Kinder können sich dort im Offenen Treff einfach nur aufhalten, aber auch zusammen spielen, mit den Betreuern kochen, malen, basteln oder gemeinsam Theater besuchen und an kleinen Exkursionen teilnehmen.

Vor 3 Jahren begann **Sebastian Eberhard** nach seiner Ausbildung als Sozialpädagoge dort als Betreuer. Gerade da gab es ein Angebot vom Rostocker Jugendhaus für ein künstlerisches Projekt, das durch den Europäischen Sozialfond gefördert wurde. Unter dem Motto „**Jugend zeigt Farbe**“ galt es ein kleines Kunstwerk zu schaffen, das der Öffentlichkeit zugänglich ist. So entstand die Idee, die Straßenbahnhaltestelle Rügener Straße dafür zu nutzen. Die Gesamtleitung übernahm S. Eberhard. Er gewann für die künstlerische Seite Karl Michael Konstien, der schon mit Kindern gearbeitet hat.

Etwa **15 Jugendliche** trafen sich nun im MGH und entwarfen fantasievolle Vorlagen. Es ist bewundernswert, wie die Kinder

Gebäude ihrer Heimatstadt mit Zukunftsvisionen verbanden. Die Vorlagen wurden dann an die lange Wand der Haltestelle zur Freude vieler Rostocker übertragen. Aber auch im Haus selbst finden sich in vielen Räumen Wandzeichnungen und sogar eine bemalte Deckenwand. Ich meine, Kinder und Jugendliche, die sich an solchen Aktionen beteiligen, nehmen viel für ihr ganzes Leben mit.

*Johanna Jawinsky*



Bemalte Wand an der Haltestelle Rügener Straße

# Wie die AfD eine AfD-kritische Ausstellung in Güstrow erst bekannt gemacht hat

**Es war eigentlich keine große Sache: Zwei Wochen lang sollte an der Freien Schule in Güstrow die Ausstellung „Keine Alternative. Eine kritische Auseinandersetzung mit der AfD“ für die Schüler\*innen und deren Eltern zu sehen sein.**

Es liegt in der Natur der Sache, dass die AfD einen kritischen Umgang mit ihrer Partei missbilligt. Doch der öffentliche Aufschrei, den die AfD-Landtagsfraktion gegen die Ausstellung losstretete wollte, bewirkte letztlich das Gegenteil der ursprünglichen Intention.

## AfD hetzt gegen kritische Ausstellung

Seit Monaten war die Ausstellung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschist\*innen (VVN-BdA) an der Freien Schule geplant und auch im Internet angekündigt. Zwei Tage vor der Eröffnung der Ausstellung bemerkte offenbar auch die AfD, dass diese Ausstellung in Güstrow gezeigt werden sollte und wandte sich mit einer haarsträubenden Pressemitteilung an die selben Medien, die von AfD-Anhänger\*innen oft als „Lügenpresse“ tituliert wurde.

Die private Schule verletze ihr Neutralitätsgebot und eine Zusammenarbeit mit der als „linksextremistisch“ diffamierten VVN-BdA sei ein „Skandal“. Gleichzeitig unternahm die AfD Anstrengungen, der Freien Schule die öffentlichen Unterstützungsgelder des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu streichen. Die Pressemitteilung las sich wie ein Frontalangriff auf die Grundwerte der Freien Schule Güstrow, die sich seit Jahren gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagiert und überdies den Titel „Schule gegen Rassismus“ trägt.

## Großes Medieninteresse

Innerhalb weniger Stunden nach dem Versenden der Pressemitteilung klingelten sowohl im Bundesbüro der VVN-BdA in Berlin, als auch bei der Gewerkschaft Ver.di nord – die ebenfalls an der Erstellung der Ausstellung wesentlich beteiligt waren – die Telefone. Medienvertreter\*innen nicht nur von regionalen Zeitungen, wie der Schweriner Volkszeitung, sondern auch bundesweit erscheinende Printmedien, wie der Spiegel oder die Süddeutsche Zeitung wollten nun genau wissen, was an den Angriffen der AfD gegen die Ausstellung dran ist. Das Medieninteresse war so groß, dass selbst der Norddeutsche Rundfunk spontan in die Freie Schule kam, im die Schüler\*innen, die gemeinsam die Ausstellung aufbauten, zu interviewen. Noch am selben Abend erschienen die er-

sten Presseberichte über die Ausstellung, allerdings nicht so, wie die AfD es sich gewünscht hätte. Durchweg positiv wurde das Engagement der Schüler\*innen bewertet und die polemischen Entgleisungen der AfD kritisch hinterfragt.



## Podiumsdiskussion an der Schule

Begleitet wurde die Ausstellung durch eine Podiumsdiskussion an der Freien Schule. Als Gäste waren neben dem Schulleiter Oliver von der Anti-Rechts-Initiative der SPD, „Endstation Rechts“ und nicht zuletzt unsere Landtagsabgeordnete Karen Larisch eingeladen. Ich hatte die große Ehre, als einer der beiden Landessprecher der VVN-BdA M-V e.V. zu moderieren.

Vorab meldete sich der AfD-Landtagsabgeordnete Grimm zur Podiumsdiskussion an. Er erschien mit einem Wahlkreismitarbeiter, der sich in hochtrabender Weise als „persönlicher Referent“ vorstellte. Obwohl von Anfang an deutlich gemacht wurde, dass es nach der Interviewrunde mit den drei Gästen die Möglichkeit zum Fragen

stellen geben würde, versuchten die AfD-Vertreter\*innen schon nach weniger Minuten die Diskussionsrunde zu stören. Auf den Hinweis Olivers, dass die AfD seit mehreren Jahren eine Entwicklung des stetigen Rechtsrucks erlebe, versuchte einer der beiden AfD-Mitglieder durch Zwischenrufe und -fragen zu stören. Ich machte sofort deutlich, dass es die Möglichkeit der Fragen im zweiten Teil der Podiumsdiskussion gäbe. Kleinlaut schrieben beide fortan nur noch während der Diskussion.

Während der Podiumsdiskussion wurden unter anderem die Verbindungen der AfD zur rechtsextremen Gruppierungen wie der „Identitären ‚Bewegung‘“ beleuchtet. Aber auch das Frauenbild in der AfD wurde kritisch hinterfragt. Obwohl die AfD die zweitstärkste Fraktion im Landtag bildet, gibt es nicht eine einzige Frau in ihrer Fraktion.

Die Schüler\*innen stellten anschließend kritische Fragen nicht nur an die Gäste, sondern auch an die AfD-Vertreter\*innen. Besonders befriedigende Antworten schienen die AfD-Anhänger allerdings nicht zu geben. Vom Podium aus waren die Gesichter von Unverständnis und Kopfschütteln geprägten Gesichter der jungen Menschen deutlich zu sehen. Dennoch versuchten sich die AfD-Politiker so bürgerlich wie möglich zu geben – gelungen ist es ihnen kaum.

## Keine „linksextremistische“ Ausstellung

Im Vorfeld der Eröffnungsveranstaltung hatten sich Vertreter\*innen des Kultusministeriums angekündigt, um sich ein eigenes Bild von den Anschuldigungen zu machen. Im Nachgang der Veranstaltung erklärte das Ministerium, es gäbe keine Anzeichen für eine „Indoktrination“. Sogar die Bildungsministerin Frau Hesse (SPD!) erklärte, die Ausstellung sei „nicht rechtswidrig“.

Der pseudomoralische Aufschrei, mit dem die AfD-Fraktion versucht hatte, die Arbeit der Freien Schule anzugreifen, ist gründlich nach hinten losgegangen. Eine wohlwollende Pressebegleitung und die damit einhergehende Öffentlichkeit hätte es in dieser Dimension ohne die AfD-Pressemitteilung sicher nicht gegeben. Aber nun ist es amtlich: die Ausstellung darf an Schulen gezeigt werden.

Die Ausstellung kann bei Ver.di nord oder im Bundesbüro der VVN-BdA für weitere Termine bestellt werden. Meldet euch dazu gerne bei mir unter nico.burmeister[at]gmx.de und ich helfe euch, die Ausstellung auch in eurem Ort zu zeigen.

Nico Burmeister

# Rotfeder und der Frust der Aktiven

Ich erlebe auf Demos, Mahnwachen, Kranzniederlegungen und Versammlungen oft Enttäuschung, Resignation und Unverständnis vieler Beteiligten. Sie meinen, da hätten sie Zeit und Kraft geopfert, sich eingesetzt für eine gute und notwendige Sache, aber Erfolg und Anerkennung bleiben aus. Sie vermissen die Unterstützung Gleichgesinnter. Und viele, um die es doch eigentlich geht, machen gar nicht mit.

Es scheint, dass politische Gegner durch logische Argumente nicht zu erreichen sind. Bei Abstimmungen richten sie sich nach ihrem Parteibuch und nicht nach vernünftiger Einsicht. Oder ist es vielleicht eher unvernünftig, gegen seine Fraktion zu stimmen?

Im Land herrscht weitgehend eine Politikerverdrossenheit. Es hat sich eine Stimmung verbreitet, in der vielen ein Tumor lieber sei als ein Politiker – ein Tumor kann ja gutartig sein. Solcherart Politikerwitze

gibt es massenhaft. Den Politikern gehe es nur ums Geld und die Karriere. Auf die Menschen, die Arbeiter, die Mittel- und Unterschicht achte doch keiner.

Die LINKE setzt auf soziale Gerechtigkeit, die SPD fällt immer wieder um, die CDU probiert es mit „Weiter so“, die rechten Populisten hetzen und auch die anderen Parteien kämpfen darum, die Wähler für sich zu gewinnen, werfen mit vielversprechenden Parolen um sich und pflastern die Innenstädte mit ihren Plakaten zu. Doch einen gehörigen Teil der Gesellschaft erreichen sie damit nicht.

Von Berufspolitikern färbt die Abneigung auf politisch aktive Normalbürger und Ehrenamtler ab. Da bedarf es schon Überwindung, sich trotzdem politisch zu betätigen. Aber Politik ist wie ein Handwerk zu lernen und erfordert Fleiß, Mühe und Anstrengung und bringt selten Erfolg. Wer sich entschieden hat, sie beruflich zu betrei-

ben, muss sich auch um sein Einkommen und das Auskommen seiner Familie kümmern.

Viele haupt- und ehrenamtliche Frauen und Männer, Jugendliche und Senioren bringen sich trotz der beschriebenen Stimmung immer wieder engagiert, klug und mitreißend ein.

Man kann allerdings nicht davon ausgehen, dass die Anderen genau so ticken, handeln und sich einsetzen wie man selbst, auch wenn man in vielen politischen Ansichten durchaus übereinstimmt.

Das meint eure Rotfeder

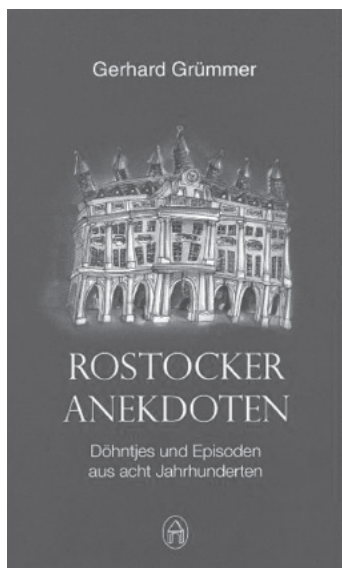


## Denkwürdiges aus 800 Jahren Rostock

*Bis zum Stadtgeburtstag 2018 wird der KLARTEXT auf einige denkwürdige Personen und Ereignisse aus der Geschichte Rostocks hinweisen. In dieser Ausgabe geht es um einige Anekdoten.*

Beim Stöbern in alten Quellen für diese Serie zur Geschichte Rostocks ist mir wieder einmal ein Buch von dem Biologen und aktiven Vietnamkriegsgegner Gerhard Grümmer in die Hände gekommen. Er hat Rostocker Anekdoten aus acht Jahrhunderten zusammengetragen. Manche davon bekommen eine ganz neue Bedeutung, wenn man sie aus heutiger Sicht wieder betrachtet.

So ging es mir z. B. mit der Anekdote „Nacktbaden“, bei der ich an die Veränderungen in den letzten zwei Jahrzehnten zu den Ansichten über FKK denken musste. Gerhard Grümmer beschreibt, wie sich nach der „Entbräunung“ (Entnazifizierung) im Jahr 1947 wieder Kurgäste in Warnemünde zum Nacktbaden einfanden, nachdem das unter den Nazis als „undeutsch“ gegolten und verboten worden war. Der Versuch einer Reglementierung durch einen Gaststättenleiter konterte eine Gruppe Frauen im Evakostüm: „Sie haben wohl die neue Zeit verschlafen, Sie oller Faschist Sie?“



Auch die Anekdote „Theatername“ bekommt heute im Zusammenhang mit den unsäglichen theaterschädlichen kulturpolitischen Aktionen aus Rathaus und Landeshauptstadt eine völlig neue Bedeutung. Gerhard Grümmer erinnerte an eine Scherzfrage aus den 70er Jahren: „Wissen Sie schon, dass unser Theater einen neuen Namen bekommen hat? Expertentheater!“

Wenn der Befragte nicht sofort begriff, musste man den neuen Namen mit zwei Kunstpausen wiederholen: „Ex-Perten-Theater“. (Hanns Anselm Perten war nach Berlin berufen worden.) In der Anekdote „Die Räuber“ erinnert Gerhard Grümmer daran, wie schon 1782 Tilly mit seiner Wanderbühne die Räuber von Schiller für Rostock umschreiben ließ: Außer Franz Moor, der Canaille, kam niemand ums Leben. Amalie wurde mit ihrem Geliebten glücklich, der alte Moor kam ins Kloster, und alles führte zu einem guten Ende. Kein Rostocker protestierte gegen diese Verhuzung. Angesichts der täglichen Verkehrsstaus in Rostock vor allem wegen der Ampeln und der zahlreichen Baustellen, kann man bei der Anekdote „Verkehrsregelung“ nur wehmütig mit dem Kopf schütteln. Rostocks erster Verkehrspolizist wurde, nach dem er einige Wochen auf wichtigen Kreuzun-

gen stehend den Verkehr geregelt hatte, gefragt wie er denn so zurecht käme. Der erfahrene Polizist antwortete: „Ach, so schlimm ist dat gor nich, Herr Senator! Wenn mi de Lüd nich grod ümführn, lat ick sei führn, as sei willn!“

Wolfgang Bergt



Im April demonstrierten Lehramtsstudenten der Universität Rostock für bessere Studienbedingungen. Für die Studierenden herrschen katastrophale Zustände: hohe Abbrecherquoten, überlange Studienzeiten, und das Los entscheidet über einen Seminarplatz. Die künftigen Lehrerinnen und Lehrer demonstrieren gegen den jahrelang anhaltenden stiefmütterlichen Umgang mit ihren Studiengängen, die an die Fachwissenschaften der Universitäten gekoppelt sind. Dies sind angesichts des Lehrkräftemangels unhaltbare Zustände. Wir werden die Studierenden bei ihren berechtigten Forderungen weiter unterstützen. Unser Land braucht dringend motivierte Lehrerinnen und Lehrer. Die Landesregierung muss gemeinsam mit den Universitäten schleunigst in die Puschen kommen!

# Die Zukunft des ÖPNV

*Kostenlos? Bedarfsorientiert! – DIE LINKE diskutierte auf der ersten Regionalkonferenz über die Zukunft des Nahverkehrs.*

Zustand und Zukunft von Mobilität und Nahverkehr standen am 7. April im Mittelpunkt der ersten Regionalkonferenz in Wismar. Die Auftaktveranstaltung zur Diskussion der kommunalpolitischen Leitlinien machte von Anfang an klar, dass die Idee eines kostenlosen ÖPNV in Mecklenburg-Vorpommern höchstens für die großen Städte interessant sein könnte - in den meisten Landkreisen stellen sich hingegen andere Fragen ... Wie kann der Nahverkehr mit Bussen und Bahnen ausgebaut werden? Welche Rolle spielt die zunehmende Digitalisierung? Wie kann eine gerechte und bedarfsorientierte Finanzierung aussehen? All diese Fragen wandten sich verschiedene Referenten zu.

Den Einstieg machte die Landesvorsitzende Wenke Brüdgam mit einem Plädoyer für einen bedarfsgerechten ÖPNV. Dass dieser weit entfernt von den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner ist, zeige ein Blick auf die Erreichbarkeit von Hausarztpraxen in den Kreisen Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald. Diese seien außerhalb der Mittelzentren und Städte mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur unter großem Zeitaufwand zu erreichen. Zur Diskussion eines kostenlosen ÖPNV führte die Landesvorsitzende in die derzeitige Praxis in Tallinn ein. Dort gebe es seit nunmehr fünf Jahren für Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt eine Gratisnutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln. In der estnischen Hauptstadt sein eine gesteigerte Nutzung von Bussen und Straßenbahnen zu vermerken. Trotz dieses erfolgreichen Modells stellen sich für Mecklenburg-Vorpommern andere Fragen. Für DIE LINKE stünde zuallererst ein bedarfsgerechter ÖPNV im Vordergrund, der

die Anbindung aller Landesteile und Bevölkerungsgruppen garantiere. Dieser müsse die Erreichbarkeit zu Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche garantieren und zugleich Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit aufzeigen, im ländlichen Raum ihren Lebensabend verbringen zu können, ohne in die Stadt ziehen zu müssen.

Horst Krumpfen aus Wismar unterstrich in seinem Redebeitrag die Forderung nach einem Verkehrskonzept für Wismar, das den Bus- und Fahrradverkehr zugunsten des Individualverkehrs in den Fokus der Stadtpolitik stelle. Die Stadt und der Landkreis benötigen ein Sozialticket, das den Namen verdiene. Die jetzige Lösung sei nicht praktikabel und benachteilige viele Menschen mit einem geringen Einkommen. Ein kostenloser ÖPNV, so der Bürgermeisterkandidat, könne für Wismar eine Insellösung sein. Ein wesentliches Ziel sei jedoch die spürbare Reduzierung der Fahrpreise.

Dass das derzeitige Agieren der Landesregierung zu diesem Wunsch wenig beitrage, verdeutlichte die Verkehrsreferentin der Linksfraktion im Landtag Ute Spriewald. Das Land reiche die vom Bund ausgegebenen Mittel zur Finanzierung des Nahverkehrs nicht im vollen Umfang weiter und verantworte die fortlaufenden Kürzungen im Bus- und Schienenverkehr. Die Bahn, so Spriewald, habe keine Lobby im Land. Dringend benötigte Strecken und Verbindungen wurden über die letzten Jahre immer weiter ausgedünnt und durch Busse ersetzt - die Landkreise werden mit den Herausforderungen eines Flächenlandes von der Landesregierung alleine gelassen.

Einen Einblick in die Verkehrspolitik in einem Flächenkreis gab der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag von Ludwigslust-Parchim, Andreas Sturm. Andreas ist Mitglied im Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Ludwigslust-Parchim und verdeutlichte in seinem Vortrag die Forderung nach einem Mecklenburg-Vorpommern-Ticket und einem kreisübergreifenden Tarif. Mecklenburg-Vorpommern sei nicht nur Urlaubsland, sondern auch ein Land zum Leben.

Zur anschließenden Podiumsdiskussion konnte Jörg Lettau, der Chef der NAHBUS Verkehrsgesellschaft Nordwestmecklenburg auf der Regionalkonferenz begrüßt werden. Bei der Gestaltung des ÖPNV, so Lettau, müsse die Finanzierung derart gestaltet werden, dass die

Landkreise ein verpflichtendes Grundangebot bei Bus- und Bahnverkehr anbieten könnten. Dabei sei es für die Nutzerinnen und Nutzer zweitrangig, auf welches Verkehrsmittel sie zurückgreifen. Die Einrichtung von Rufbusssystemen in vielen Ämtern und Gemeinden müsse mit einer sinnvollen Organisation verbunden werden. So brauche es vor Ort vor allem für viele Ältere Ansprechpartner und eine Ausrichtung des Nahverkehrs an den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner.

Diese und weitere Anregungen werden weiterhin Diskussionsgegenstand für unsere kommunalpolitischen Leitlinien sein. Anmerkungen und Fragen zum Thema Mobilität und Nahverkehr oder zu anderen Themenbereichen können per Mail an [info@die-linke-mv.de](mailto:info@die-linke-mv.de) gesendet werden. [www.die-linke-mv.de](http://www.die-linke-mv.de)



## FORUM DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung M-V (RLS) will in diesem Jahr auf Foren in Rostock mit den Bürger\*innen ins Gespräch über kommunalpolitische Themen kommen. Zum Auftakt ging es um das Ziel eines kostenfreien ÖPNV. Moderiert wurde die Veranstaltung von Katharina Schlaack (RLS) und Kay Nadolny (Bürgerschaft).

Trotz Sommerwetters fanden sich am 19. April fast 40 Rostocker\*innen im Peter-Weiss-Haus ein, um über den ÖPNV in der Stadt zu debattieren. 17 % der Wege in Rostock werden mit Bus, Straßenbahn, S-Bahn oder Fähre zurückgelegt. Verglichen mit abgehängten ländlichen Regionen haben wir in Rostock (fast) paradie-

sische Verhältnisse. Kritik gab es auf der Veranstaltung aber doch: zu viele Kontrolleure (recht unfreundlich dazu), schlechte Anbindung von Schmarl und Groß Klein, fehlendes Sozialticket, Extrakosten für Fahrrad- und Hundemithnahme, fehlende Sicherheit in den Nachtbussen, zu wenig Angebote an den Wochenenden, schlechte Anbindung ans Umland ... Man könnte also einiges tun, um die Qualität des ÖPNV in Rostock zu verbessern. Aber sollte man die Ziele nicht ein bisschen höher hängen? Kostenfreie Bahn- und Busfahrten wären doch auch ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt. Teuer wird es auf jeden Fall für die Kommune, aber es gibt Vorbilder wie Tallinn oder Templin.

Sollte der kostenfreie ÖPNV Utopie bleiben, ließe sich zumindest über deutliche Tarifsenkungen diskutieren. In Wien

kommt man für 365 Euro im Jahr überall hin. Dort werden 38 % der Wege in der Stadt mit dem ÖPNV zurückgelegt.

In Lütten Klein und Toitenwinkel gab es weitere Veranstaltungen zum Thema. Diskutieren ist schön, aber konkrete Veränderungen anzuschließen ist auch nicht schlecht. Daher wird es am 15. Mai (18 Uhr, Societät maritim) ein Aktiventreffen geben, um über weitere Schritte zu beraten.

Wusstet Ihr, dass der Autoverkehr den Kommunen das Dreifache der Kosten des ÖPNV aufbürdet? Diese Kosten verstecken sich in vielen verschiedenen Haushaltsposten. Im Durchschnitt stehen wir 30 Stunden im Jahr im Stau und sind 41 Stunden auf Parkplatzsuche. Ich glaube, in Rostock ist es noch viel schlimmer!

*Carsten Penzlin*

# TERMINE AUS HRO UND LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Do., 3.5.	16:00 Uhr	RotFuchs: Podiumsdiskussion mit Wolfgang Gehrcke zur Russlandpolitik	Rostock-Eversh.	Mehrgenerationenh. Maxim-Gorki-Str. 52
Fr., 4.5.	18:00 Uhr	"Die Aktualität der Marx'schen Politischen Ökonomie" mit Prof. Christa Luft	Rostock-Lütten Kl.	Mehrgenerationenh. Danziger Str. 45d
Di., 8.5.	16:00 Uhr	Ehrendes Gedenken	Güstrow	Sowj. Ehrenmal
Di., 8.5.	17:00 Uhr	Gedenken zum Tag der Befreiung	Rostock	Puschkinplatz
Di., 8.5.	18:30 Uhr	Ehrendes Gedenken	Bad Doberan	Ehrenmal im Bachgarten
Mi., 9.5.	16:00 Uhr	Gedenken an 85 Jahre Bücherverbrennung	Rostock	Uniplatz
Di., 15.5.	19:00 Uhr	Buchlesung mit Michael Schmidt, NDR-Chefreporter	Bad Doberan	Rathausaal, Severinstr. 6 (angefragt)
Mi., 16.5.	18:30 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Sieversh.	"Ziegenkrug"
Di., 22.5.	18:00 Uhr	Diskussionsrunde mit dem Bundesgeschäftsführer der LINKEN Harald Wolf	Rostock-Reutersh.	RFZ Kuphalstr. 77, Buslinie 25
Do., 24.5.	15:00 Uhr	SV Evershagen: Wolfgang Methling über sozialökologischen Umbau	Rostock	Maxim-Gorki-Str. 52, Blauer Salon 1. Etage
Do., 21.6.	17:00 Uhr	RotFuchs: "Ein Plädoyer für das Volkseigentum" mit Dr. Peter Elz	Rostock	Mehrgenerationenh. Maxim-Gorki-Str. 52
So., 8.7.		4. Sommerfest der LINKEN	Krakow	
Mi., 18.7.	18:30 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Dolgen am See	Hotel "Herrenhaus", Friedrichshof, Kastanienallee 7

## Hiroshimatag am 6. August

In Deutschland lagern in noch immer US-Atombomben und deutsche Piloten erproben in Büchel, wie sie ins Ziel gebracht werden können. Dabei ist es weniger als 5 vor 12. Seit 70 Jahren sind wir noch nie so nahe an eine Atomkatastrophe geraten. Zu den üblichen Gefahren sind neue hinzugekommen. Die riesigen Arsenale können außer Kontrolle geraten und in die Hände von Terroristen fallen. Die Bundesregierung hat sich geweigert, dem völkerrechtlichen Verbot von Atomwaffen, das eine UNO Konferenz am 7. Juli 2017 von Vertretern aus 120 Staaten beschloss, beizutreten.



Das Rostocker Friedensbündnis plant daher am Hiroshimatag eine Protestversammlung, die sich an die Bundesregierung richtet, dem Verbot von Atomwaffen beizutreten. Sie findet am Abend des 6. August am Schwanenteich in der Nähe des kleinen japanischen Gartens statt. Nach dem Vorbild unserer japanischen Freunde werden wir wieder kleine leuchtende Schiffe schwimmen lassen. Wir laden ein, daran teilzunehmen und vielleicht auch ein Schiff mitzubringen. (Bauanleitung kann angefordert werden) Näheres ist der aktuellen Presse zu entnehmen. Zugleich wollen wir dagegen protestieren, dass Atomtransporte über den Rostocker Hafen zugelassen werden.

*Rostocker Friedensbündnis*

## Glückwunsch an Andreas Lange, Teterows neuen Bürgermeister

Die Landesvorsitzenden Wenke Brüdgam und Torsten Koplín gratulieren dem frisch gewählten Bürgermeister der Stadt Teterow, Andreas Lange, zur Wahl. „Wir freuen uns über das Votum, noch dazu in dieser Deutlichkeit, für einen engagierten Kommunalpolitiker. Andreas Lange ist erwiesenermaßen ein kompetenter Politiker, der Kenntnisse als Sozialpolitiker und Erfahrungen als Finanzpolitiker besitzt. Wir sind überzeugt, dass er als parteilo-



ser, linksorientierter Bürgermeister all sein Wissen und Können für die Einwohnerinnen und Einwohner Teterows in die Waagschale legen wird. Nicht verkennend, dass es Spannungen zwischen der Linksfraktion in der Teterower Stadtvertretung und Andreas Lange gibt, sind wir optimistisch, dass sich diese mit Konzentration auf die Interessen der Teterowerinnen und Teterower alsbald beilegen lassen. Der Landesvorstand der Linken sieht einer guten Zusammenarbeit mit Andreas Lange, als einer starken Stimme innerhalb der kommunalen Familie mit Freude entgegen.“

# IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
Geschäftsstelle Rostock  
Kröpeliner Straße 24  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: info@dielinke-rostock.de  
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de  
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer  
Layout: Carsten Penzlin  
Internet: www.dielinke-rostock.de  
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:  
Landkreis Rostock:  
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07  
BIC: HYVEDEMM300  
Hypo-Vereinsbank  
Rostock:  
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84  
BIC: NOLADE21ROS  
OSPA Rostock  
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe  
(Spende + Versandkosten)

## LYRIK

2004 (von Janina Niemann-Rich)

Im Frühlingswind der Zeit  
gehauchtes Menschenkind

Remis (von Janina Niemann-Rich)

Flächenbrand-Traum erloschen  
Quellhoffnung – positives Ich

Wirrheit in Münster (von Jürgen Riedel)

Wirr wie Wiedertäufer zu Luthers Zeit  
knallrasche Panikmache  
wenn auch unadressiert  
durch verdächtig Anteil nehmende  
Bundespolitik  
durch Fernsehsender  
mit explosivem Einschaltquoten-Drang:  
ein islamistischer Teufel  
könnte der Amokfahrer sein  
Panikmache:  
stichflammengrelles Ziel des Terrorismus

# Aus dem Rathaus

## Schulsozialarbeit künftig an allen Rostocker kommunalen Schulen

Pressemitteilung vom 19.04.2018:

Während derzeit viel über die Zukunft der Schulsozialarbeit debattiert wird, hat die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ihr Engagement in dem Bereich erneut deutlich ausgeweitet. Auf Beschluss des Jugendhilfeausschusses werden ab 1. August 2018 sieben neue Stellen geschaffen, informiert der Senator für Jugend und Soziales, Gesundheit, Schule und Sport Steffen Bockhahn. Damit wird ab dem neuen Schuljahr an allen staatlichen Schulen der Stadt dieses Angebot der Jugendhilfe etabliert sein. „Das ist außergewöhnlich und wir nehmen damit eine absolute Vorreiterrolle im Land ein“, so der Senator. Finanziert werden diese Stellen ausschließlich aus Geldern der Stadt. Die Förderung des Landes würde nicht ausreichen, um diese Ausweitung des Angebotes zu finanzieren. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter werden in Rostock jeweils bei den Trägern der örtlichen Stadtteil- und Begegnungs-

zentren angestellt. Neben ihren Aufgaben an den Schulen wirken sie auch in den Sozialraumteams und an den Stadtteiltischen mit. „Auf diese Weise verknüpfen wir die Arbeit in der Schule mit der Arbeit in den Stadtteilen. Häufig haben Dinge, die in Schulen passieren ihren Ausgangspunkt ganz woanders. Darauf können wir so besser reagieren“, unterstreicht Senator Steffen Bockhahn.



**Gewinner:** Ein Fußballverein namens „Internationaler FC von 1899 Rostock“ – ein 2015 gegründeter linksorientierter basisdemokratischer Verein. Ihm glückte nun der Aufstieg aus der 12. in die 11. Liga. Herzlichen Glückwunsch!

**Verlierer:** Andrea Nahles und die SPD. Nur zwei Drittel der Delegierten des Wahlparteitages trauten ihr wohl den Neuanfang in der SPD zu. Mit Männern wie Olaf Scholz (Ersatz-Schäuble) und Heiko Maas an ihrer Seite wird es Frau Nahles auch nicht gelingen.

## Monatszitat

„Der Einsatz militärischer Gewalt gegen einen Staat, um die Verletzung einer internationalen Konvention durch diesen Staat zu ahnden, stellt einen Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot dar.“ Aus einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages

## Monatszahl

Einer neuen Studie zufolge fehlen in deutschen Großstädten fast zwei Millionen bezahlbare Wohnungen. Als bezahlbar gelten dabei Mieten, die zuzüglich Nebenkosten nicht mehr als 30 Prozent des Haushaltseinkommens ausmachen.

## Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer wurde zum neuen Bürgermeister Teterows gewählt?
2. Wird es jemals einen kostenfreien ÖPNV in Rostock geben?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

**Einsendeschluss ist der 01.06.2018**

## Rostocker Skizzen von Wolfgang Bergt: Kröpeliner Tor-Vorplatz

